

Bundesgesetzblatt¹⁷⁴⁵

Teil II

G 1998

2003

Ausgegeben zu Bonn am 17. Dezember 2003

Nr. 35

Tag	Inhalt	Seite
12.12.2003	Gesetz zu dem Abkommen vom 30. Juli 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur GESTA: XA001	1746
12.12.2003	Gesetz zu dem Vertrag vom 29. April 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande (Gesetz zu dem deutsch-niederländischen Vertrag vom 29. April 2003 über den Flughafen Niederrhein) GESTA: XJ007	1763
30.10.2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Sechsten Protokolls vom 5. März 1996 zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates	1778
3.11.2003	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „L3 Communications“ (Nr. DOCPER-AS-23-01)	1778
4.11.2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen	1781
6.11.2003	Bekanntmachung zu dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen	1783
10.12.2003	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Vereinbarung zur Durchführung des deutsch-slowakischen Abkommens über Soziale Sicherheit	1784

Gesetz
zu dem Abkommen vom 30. Juli 2002
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur

Vom 12. Dezember 2003

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Schwerin am 30. Juli 2002 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister des Auswärtigen wird ermächtigt, Vereinbarungen nach Artikel 35 Abs. 2 des Abkommens durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 37 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 12. Dezember 2003

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur

Convention
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
relative aux lycées franco-allemands et au baccalauréat franco-allemand

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik,
im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

eingedenk des Vertrags vom 22. Januar 1963 über die deutsch-französische Zusammenarbeit,

in dem Wunsch, die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern durch die Herstellung engerer Beziehungen auf dem Gebiet des Bildungswesens zu vertiefen, insbesondere durch Maßnahmen, die der Annäherung der beiden Schulsysteme förderlich sind,

eingedenk der Notwendigkeit, das Abkommen vom 10. Februar 1972 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Errichtung deutsch-französischer Gymnasien und die Schaffung des deutsch-französischen Abiturs sowie die Bedingungen für die Zuerkennung des Abiturzeugnisses und die Bestimmungen zur Durchführung jenes Abkommens den seitdem eingetretenen Entwicklungen anzupassen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die deutsch-französischen Gymnasien sind Einrichtungen des Sekundarschulwesens, in denen nach aufeinander abgestimmten und im gegenseitigen Einvernehmen festgelegten Lehrplänen unterrichtet wird.

(2) Der Bildungsgang an den deutsch-französischen Gymnasien wird mit dem deutsch-französischen Abitur abgeschlossen, das Gegenstand dieses Abkommens ist.

(3) Die Bestimmungen betreffend die Arbeitsweise der deutsch-französischen Gymnasien, die in diesem Abkommen nicht enthalten sind, bilden den Gegenstand gesonderter Regelungen.

Artikel 2

(1) Das deutsch-französische Abitur genießt in beiden Unterzeichnerstaaten volle Rechtsgültigkeit. Das Zeugnis über das bestandene Abitur verleiht seinen Inhabern alle Berechtigungen, die mit dem Zeugnis des deutschen Abiturs in der Bundesrepublik Deutschland und des französischen Baccalauréat in der Französischen Republik verknüpft sind.

(2) In der Prüfung des deutsch-französischen Abiturs sollen die Prüflinge nachweisen, dass sie

- a) über hinreichend erweiterte und vertiefte Kenntnisse der Sprache und Kultur des Partnerlands verfügen,
- b) den Anforderungen der aufeinander abgestimmten gemeinsamen Lehrpläne der deutsch-französischen Gymnasien entsprechen.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le Gouvernement de la République française,
ci-après dénommés les Parties,

Considérant le Traité du 22 janvier 1963 sur la coopération franco-allemande,

Désireux d'approfondir la coopération culturelle entre les deux pays par l'établissement de relations plus étroites dans le domaine de l'éducation, notamment par des initiatives favorisant le rapprochement des deux systèmes d'enseignement,

Considérant la nécessité d'actualiser la Convention du 10 février 1972 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française concernant l'établissement de lycées franco-allemands, portant création du baccalauréat franco-allemand et fixant les conditions de la délivrance de son diplôme ainsi que les Dispositions relatives à la mise en œuvre de ladite Convention,

Sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1^{er}

1. Les lycées franco-allemands sont des établissements d'enseignement secondaire, dans lesquels la scolarité est assurée selon des programmes harmonisés fixés d'un commun accord.

2. La scolarité des lycées franco-allemands est sanctionnée par un baccalauréat franco-allemand, objet de la présente Convention.

3. Les dispositions relatives au fonctionnement des lycées franco-allemands, non prévues dans la présente Convention, font l'objet d'arrangements séparés.

Article 2

1. Le baccalauréat franco-allemand jouit dans les deux pays signataires de la validité de plein droit. Ce diplôme confère à ses titulaires toutes les prérogatives attachées au baccalauréat français en République française et à l'Abitur allemand en République fédérale d'Allemagne.

2. Les candidats à l'examen du baccalauréat franco-allemand doivent faire la preuve:

- a) qu'ils disposent de connaissances suffisamment étendues et approfondies dans la langue et la culture du pays partenaire;
- b) qu'ils satisfont aux exigences définies par les programmes communs harmonisés des lycées franco-allemands.

(3) Das Zeugnis des deutsch-französischen Abiturs wird am Ende der Sekundarstufe in den deutsch-französischen Gymnasien den Schülern ausgehändigt, die sich mit Erfolg der Abiturprüfung unterzogen haben, deren Ordnung nachstehend festgelegt ist.

Artikel 3

An jedem deutsch-französischen Gymnasium, das mindestens eine Abschlussklasse hat, wird ein Prüfungszentrum eingerichtet.

Artikel 4

Für die Durchführung des deutsch-französischen Abiturs ist ein Prüfungsausschuss zuständig, dessen Zusammensetzung und Arbeitsweise in den folgenden Artikeln bestimmt sind.

Artikel 5

(1) Der Präsident des Prüfungsausschusses wird jedes Jahr nach Übereinkunft der zuständigen nationalen Behörden für die Gesamtheit der Prüfungszentren bestimmt: für die Bundesrepublik Deutschland durch den Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, für die Französische Republik durch den für Erziehung zuständigen Minister. Den Vorsitz führen abwechselnd ein Vertreter der einen und ein Vertreter der anderen Vertragspartei.

(2) Dem Präsidenten steht ein Vizepräsident der jeweils anderen Staatsangehörigkeit zur Seite; er kann den Präsidenten in der Ausübung seines Amtes vertreten. Er wird unter den gleichen Bedingungen wie der Präsident bestimmt.

Artikel 6

Außerdem umfasst der Prüfungsausschuss für jedes Prüfungszentrum:

- a) die Direktoren des deutsch-französischen Gymnasiums, das Prüfungszentrum ist;
- b) die in der letzten Klasse der deutschen und der französischen Abteilung unterrichtenden Fachlehrer der schriftlichen und mündlichen Prüfungsfächer sowie die Fachlehrer, die nach Artikel 24 Absatz 1 in der Prüfung mitwirken;
- c) Fachlehrer, die an öffentlichen Gymnasien in der Französischen Republik beziehungsweise an Gymnasien in der Bundesrepublik Deutschland unterrichten und von den zuständigen nationalen Behörden als Fremdprüfer bestimmt werden.

Artikel 7

Die zuständigen nationalen Behörden bestimmen für jedes Prüfungszentrum einen Leiter und einen Stellvertreter, die mit der Organisation und den Sachvorbereitungen der Prüfung beauftragt sind.

Artikel 8

(1) Ein ordentlicher Prüfungstermin wird jedes Jahr durch den Präsidenten des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit den zuständigen nationalen Behörden festgelegt.

(2) Jeder Schüler, der sich nicht zu dem ordentlichen Prüfungstermin schriftlich meldet oder der nach seiner Meldung aus Gründen, die er zu vertreten hat, nicht an der Prüfung teilnimmt oder die Prüfung abbricht, wird für den Prüfungstermin des nächsten Jahres zurückgestellt und hat die Prüfung nicht bestanden.

(3) Für Schüler, die aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, an der Meldung zur Prüfung oder am Erscheinen zu dem ordentlichen Prüfungstermin verhindert waren oder die Prüfung abbrechen mussten, kann die Durchführung eines Sondertermins festgesetzt werden. Über den Zeitpunkt dieses Sondertermins und die Zulassung entscheidet der Präsident des Prüfungsausschusses.

3. Le diplôme du baccalauréat franco-allemand est délivré à la fin de l'enseignement secondaire des lycées franco-allemands aux élèves qui ont subi avec succès les épreuves de l'examen dont les modalités sont fixées ci-après.

Article 3

Il est ouvert un centre d'examen auprès de chaque lycée franco-allemand comportant au moins une classe terminale.

Article 4

Le baccalauréat franco-allemand est organisé sous la responsabilité d'un jury dont la composition et le fonctionnement sont définis aux articles suivants.

Article 5

1. Le président du jury pour l'ensemble des centres est désigné chaque année après accord des instances nationales compétentes, par le ministre chargé de l'éducation nationale pour la République française et par le président de la conférence permanente des ministres de l'éducation des *Länder* pour la République fédérale d'Allemagne. La présidence est exercée alternativement par un représentant de l'une et de l'autre Parties.

2. Le président est assisté d'un vice-président de l'autre nationalité, qui peut le suppléer dans l'exercice de ses fonctions. Ce vice-président est désigné dans les mêmes conditions que le président.

Article 6

Pour chaque centre d'examen, le jury comprend en outre:

- a) les directeurs du lycée franco-allemand qui est centre d'examen;
- b) les professeurs de la classe terminale de l'établissement, enseignant dans la section française et dans la section allemande les disciplines qui font l'objet d'épreuves écrites et orales, ainsi que les professeurs examinateurs désignés à l'article 24, premier alinéa;
- c) les professeurs enseignant dans les lycées publics de la République française ou dans les lycées situés en République fédérale d'Allemagne, désignés comme membres extérieurs du jury par les instances nationales compétentes.

Article 7

Les instances nationales compétentes désignent, pour chaque centre d'examen, un chef de centre et un adjoint, chargés de l'organisation et de la préparation matérielle de l'examen.

Article 8

1. La date de la session normale d'examen est fixée chaque année par le président du jury, en accord avec les instances nationales compétentes.

2. Tout élève qui ne s'est pas inscrit à la session normale ou qui, régulièrement inscrit à cette session, ne s'est pas présenté ou n'a pas subi la totalité des épreuves pour une raison autre que celle de force majeure, est ajourné.

3. Une session de remplacement peut être ouverte aux élèves empêchés, pour raison de force majeure, de s'inscrire ou de se présenter à la session normale ou de subir la totalité des épreuves. Le président du jury fixe la date de la session de remplacement et autorise les candidats à s'y présenter.

Artikel 9

(1) Zur Prüfung des deutsch-französischen Abiturs können sich Schüler deutsch-französischer Gymnasien melden, die zumindest am Unterricht der zwei letzten Klassen teilgenommen haben, desgleichen Schüler, die von anderen Schulen kommen und auf Grund einer erfolgreichen Aufnahmeprüfung in allen Fächern des gewählten Zweiges die letzte Klasse eines deutsch-französischen Gymnasiums besucht haben.

(2) Die Prüfung kann nach erneutem Besuch der letzten Klasse einmal wiederholt werden. In Ausnahmefällen kann der Präsident des Prüfungsausschusses dem Kandidaten die Genehmigung erteilen, die Prüfung nach erneutem Besuch der letzten Klasse ein zweites Mal zu wiederholen.

Artikel 10

Kandidaten, die sich der Prüfung des deutsch-französischen Abiturs unterziehen wollen, müssen bei Eintritt in die vorletzte Klasse oder, im Falle einer Aufnahmeprüfung, bei Eintritt in die letzte Klasse zwischen den an der Schule bestehenden Zweigen, Schwerpunktfächern und Wahlfächern gewählt haben.

Artikel 11

In seinen Beratungen über die Ergebnisse der von den Kandidaten erzielten Leistungen berücksichtigt der Prüfungsausschuss gemäß den in Artikel 13 und folgende festgelegten Bedingungen

- die Vornoten,
- die Prüfungen in der 1. Prüfungsgruppe,
- die mündlichen Prüfungen in der 2. Prüfungsgruppe,
- die Prüfung im Fach Sport,
- die Prüfungen in den Wahlfächern.

Artikel 12

(1) Die Noten, die in den einzelnen Prüfungsteilen erzielt werden, werden in ganzen Punkten innerhalb einer Skala von 1 bis 10 Punkten ausgedrückt, wobei 10 Punkte die beste Leistung und 6 Punkte die untere Grenze der ausreichenden Leistung bezeichnen.

(2) Die Noten, die in den einzelnen Prüfungsteilen erzielt werden, sind mit Koeffizienten versehen.

Artikel 13

(1) Die in Artikel 11 erwähnten Vornoten werden wie folgt ermittelt:

- a) In jedem Zweig wird für jedes verbindliche Unterrichtsfach der beiden letzten Klassen sowie im Fach Sport und in den Wahlfächern, mit Ausnahme von Philosophie in dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig der französischen Klassen, eine Vornote aus den Trimesterzeugnissen dieser beiden Klassen gemittelt. Die außerhalb des Unterrichts angefertigten Arbeiten dürfen mit nicht mehr als der Hälfte bei der Ermittlung dieser Noten berücksichtigt werden.
- b) Bei Schülern, die von anderen Schulen kommen und auf Grund einer Aufnahmeprüfung in die letzte Klasse eines deutsch-französischen Gymnasiums aufgenommen worden sind, ersetzen die bei dieser Aufnahmeprüfung erzielten Noten die Noten der vorletzten Klasse im Hinblick auf die Ermittlung der Vornoten.
- c) Ergeben sich bei der Mittelung der Vornoten Dezimalstellen, so werden sie nach der oberen oder unteren ganzen Zahl beziehungsweise abgerundet, wobei die Leistungsentwicklung des Schülers zum Zeitpunkt der Erstellung der Vornote zu berücksichtigen ist.

Article 9

1. Peuvent s'inscrire aux épreuves du baccalauréat franco-allemand les élèves des lycées franco-allemands qui y ont accompli au moins les deux dernières classes de l'enseignement ou ceux qui, provenant d'autres établissements, ont suivi la classe terminale d'un lycée franco-allemand, après avoir satisfait à un examen d'entrée dans toutes les disciplines de la série choisie.

2. Un candidat peut se présenter une deuxième fois à l'examen après avoir redoublé la classe terminale. Dans des cas exceptionnels, l'autorisation de se présenter une troisième fois à l'examen, après avoir triplé la classe terminale, peut être accordée par le président du jury d'examen.

Article 10

Les candidats au baccalauréat franco-allemand doivent avoir choisi au moment de leur entrée en classe de première ou au moment de leur entrée en classe terminale lorsqu'ils ont satisfait à un examen d'entrée, entre les séries, spécialités et disciplines facultatives ouvertes dans l'établissement.

Article 11

Lors de ses délibérations sur les résultats de l'examen, le jury prend en considération:

- les notes préliminaires;
- les épreuves du premier groupe;
- les épreuves orales du second groupe;
- l'épreuve d'éducation physique et sportive;
- les épreuves facultatives,

dans les conditions fixées aux articles 13 et suivants.

Article 12

1. Les notes obtenues aux différentes parties de l'examen sont exprimées en points entiers selon une échelle de 1 à 10, 10 représentant la valeur maximum et 6 la limite inférieure de la suffisance.

2. Les notes obtenues aux différentes parties de l'examen sont affectées de coefficients.

Article 13

1. Les notes préliminaires prévues à l'article 11 sont établies de la manière suivante:

- a) Dans chaque série, toute discipline enseignée obligatoirement dans les deux dernières classes ainsi que l'éducation physique et sportive et les disciplines facultatives, font l'objet d'un relevé de notes préliminaires, à l'exception toutefois de la philosophie dans la série scientifique des classes françaises; ce relevé de notes correspond à la moyenne des notes des relevés trimestriels des classes de première et terminale. Les travaux effectués en dehors de la classe ne doivent pas entrer pour plus de la moitié dans l'établissement de ces notes.
- b) Pour les élèves issus d'un autre établissement et admis en classe terminale d'un lycée franco-allemand après avoir satisfait à un examen d'entrée, les notes obtenues à cet examen remplacent les notes de la classe de première en vue de l'établissement du relevé des notes préliminaires.
- c) Si, à la suite du calcul de la moyenne de ces notes préliminaires, des décimales apparaissent, elles sont arrondies à l'entier supérieur ou inférieur, selon l'évolution de la scolarité de l'élève au moment où la note préliminaire est établie.

(2) Die so ermittelten Vornoten sind den Schülern so bald wie möglich nach ihrer Festsetzung bekannt zu geben.

Artikel 14

Alle Kandidaten müssen sich den Prüfungen in der 1. Prüfungsgruppe unterziehen. Diese umfassen für alle Zweige eine schriftliche Prüfung in der Muttersprache, eine schriftliche und mündliche Prüfung in der Partnersprache sowie schriftliche Prüfungen, die für den gewählten Zweig und das gewählte Schwerpunktfach charakteristisch sind.

Artikel 15

(1) Die Lehrer an den deutsch-französischen Gymnasien, die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind, erstellen für jedes schriftlich zu prüfende Fach zwei Vorschläge.

(2) Die Direktoren senden diese Vorschläge an das Büro des deutsch-französischen Abiturs, das sie dem Präsidenten des Prüfungsausschusses und, zur Überprüfung, den Fremdprüfern zuleitet. Diese können die Vorschläge gegebenenfalls ändern oder durch andere ersetzen.

(3) Unter diesen Vorschlägen trifft der Präsident des Prüfungsausschusses die Auswahl für die schriftlichen Prüfungen in der 1. Prüfungsgruppe und die Ersatzthemen.

(4) Die Prüfungsvorschläge sind gemeinsam für beide Abteilungen, außer in der Muttersprache, in der Partnersprache und zum Teil in Philosophie. Die gemeinsamen Vorschläge werden auf Deutsch und Französisch formuliert.

Artikel 16

(1) Jede Prüfungsarbeit muss von zwei Fachlehrern der Schule getrennt korrigiert werden, wobei der erste Korrektor der in der Klasse des Kandidaten unterrichtende Fachlehrer ist. Nach Beratung schlagen sie eine gemeinsame Note vor.

(2) Der zuständige Fremdprüfer überprüft die beiden Korrekturen, gibt seine Zustimmung zu den Bewertungen oder berichtet bei Meinungsverschiedenheit darüber dem Präsidenten des Prüfungsausschusses, dem die Entscheidung obliegt.

Artikel 17

(1) Nach dem Abschluss der Prüfungen in der 1. Prüfungsgruppe beruft der Präsident des Prüfungsausschusses oder der Vizepräsident den Prüfungsausschuss ein, um über die Ergebnisse zu beraten.

(2) Der Prüfungsausschuss erstellt für jeden Kandidaten die Übersicht über die Vornoten und über die Noten der Prüfungen in der 1. Prüfungsgruppe, wobei die entsprechenden Koeffizienten zu berücksichtigen sind.

(3) Der allgemeine Notendurchschnitt für jeden Kandidaten wird ermittelt, indem die Summe der in den Vornoten und in den Prüfungen der 1. Prüfungsgruppe erzielten Punkte durch die Gesamtsumme der Koeffizienten geteilt wird.

(4) Für jedes einzelne Fach wird eine Durchschnittsnote erstellt, indem die Summe der erzielten Punkte in diesem Fach durch die Summe der ihm zugewiesenen Koeffizienten geteilt wird. Falls in einem Fach lediglich die Vornote vorhanden ist, gilt diese als Durchschnittsnote.

Wenn sich bei der Mittelung der Noten eine Dezimalstelle ergibt, wird diese bis zu einem Stellenwert von 49/100 nach dem unteren ganzen Punkt abgerundet, bei einem Stellenwert von 50/100 und darüber nach dem oberen ganzen Punkt aufgerundet.

(5) Dagegen kann der allgemeine Notendurchschnitt nach Absatz 3 nicht gerundet werden.

(6) Die Ergebnisse der Prüfungen in der 1. Prüfungsgruppe werden den Kandidaten durch den Präsidenten des Prüfungsausschusses bekannt gegeben.

2. Les notes préliminaires ainsi établies sont communiquées aux élèves dans les meilleurs délais.

Article 14

Tous les candidats doivent obligatoirement subir les épreuves du premier groupe. Dans toutes les séries, ces épreuves comprennent une épreuve écrite dans la langue maternelle, une épreuve écrite et orale dans la langue du partenaire et des épreuves écrites caractéristiques de la série et de la spécialité choisies.

Article 15

1. Les professeurs des établissements franco-allemands qui sont membres du jury proposent deux sujets pour chaque discipline faisant l'objet d'une épreuve écrite.

2. Les directeurs font parvenir ces propositions au bureau du baccalauréat franco-allemand, qui les transmet au président du jury et, pour examen, aux membres extérieurs du jury. Ceux-ci peuvent éventuellement les modifier ou les remplacer par d'autres.

3. Parmi ces propositions, le président du jury choisit les sujets des épreuves écrites du premier groupe et les sujets de remplacement.

4. Les sujets sont communs aux deux sections, à l'exception des épreuves de langue maternelle et de la langue du partenaire et, en partie, de l'épreuve de philosophie. Les sujets communs sont formulés dans les deux langues.

Article 16

1. Chaque épreuve est obligatoirement et séparément corrigée par deux professeurs de l'établissement, le premier correcteur étant le professeur de la classe du candidat. Après discussion, ils proposent une note commune.

2. Le membre extérieur compétent du jury revoit les deux corrections, donne son accord sur les notations ou, en cas de divergence, en réfère au président du jury, auquel appartient la décision.

Article 17

1. A l'issue du premier groupe d'épreuves, le président du jury ou le vice-président convoque le jury pour délibérer sur les résultats.

2. Pour chaque candidat, le jury établit le relevé des notes préliminaires et des notes des épreuves du premier groupe en tenant compte des coefficients respectifs.

3. La moyenne générale de chaque candidat est établie en divisant l'ensemble des points obtenus au titre des notes préliminaires et des épreuves du premier groupe par le total des coefficients.

4. Pour chaque discipline, une note moyenne est établie en divisant le total des points obtenus dans cette discipline par la somme des coefficients qui lui sont affectés. Si, dans une discipline, la note préliminaire est la seule note exprimée, elle tient lieu de note moyenne.

Les notes moyennes de chaque discipline comportant des décimales inférieures à 5 sont arrondies à l'entier inférieur, et au point entier supérieur, dans le cas où les décimales sont égales ou supérieures à 5.

5. En revanche, la moyenne générale visée à l'alinéa 3 du présent article ne peut pas être arrondie.

6. Les résultats des épreuves du premier groupe sont notifiés aux candidats par les soins du président du jury.

Artikel 18

(1) Nach den Prüfungen in der 1. Prüfungsgruppe werden die Kandidaten, die einen allgemeinen Notendurchschnitt von 6,5 und darüber erreicht haben, von den mündlichen Prüfungen in der 2. Prüfungsgruppe befreit; sie haben bereits auf dieser Stufe die Abiturprüfung bestanden, sofern sie in den verbindlichen Prüfungen der 1. Prüfungsgruppe keine Note unter 6 (wobei die Note der Prüfung in der Partnersprache das arithmetische, nicht gerundete Mittel der Noten des schriftlichen und des mündlichen Prüfungsteils ist) und nicht mehr als eine Vornote unter 6 aufweisen.

(2) Kandidaten, deren allgemeiner Notendurchschnitt geringer als 5 ist, werden von den mündlichen Prüfungen in der 2. Prüfungsgruppe ausgeschlossen; sie haben nicht bestanden.

(3) Kandidaten, denen nach den Prüfungen in der 1. Prüfungsgruppe das Bestehen der Abiturprüfung noch nicht zuerkannt wird und die einen allgemeinen Notendurchschnitt von wenigstens 5 erreicht haben und die in Artikel 26 Absatz 1 aufgeführten Bedingungen noch erfüllen können, müssen sich den mündlichen Prüfungen in der 2. Prüfungsgruppe unterziehen.

(4) Wenn das Ergebnis einer der schriftlichen Prüfungen in der 1. Prüfungsgruppe, mit Ausnahme der Prüfung in der Partnersprache, eine nicht ausreichende Leistung aufweist und der Kandidat in diesem Fach eine Vornote von mindestens 6 hat, kann er in diesem Fach eine mündliche Aufbesserungsprüfung beantragen. Die Endnote der Prüfung ist dann das arithmetische Mittel zwischen der Note der schriftlichen Prüfung und der Note der mündlichen Aufbesserungsprüfung, die den gleichen Koeffizienten erhält wie die schriftliche Prüfung.

Artikel 19

Die Prüfung im Fach Sport ist verbindlich, mit Ausnahme für Kandidaten, die vom Präsidenten des Prüfungsausschusses auf Grund eines ärztlichen Attestes davon befreit sind.

Artikel 20

(1) Die Kandidaten können sich einer Prüfung in einem oder zwei Wahlfächern unterziehen.

(2) Die von der Prüfung im Fach Sport befreiten Kandidaten sind jedoch berechtigt, sich in drei Wahlfächern prüfen zu lassen.

(3) Die Durchführung der Prüfung in den Wahlfächern obliegt dem Leiter des Prüfungszentrums.

Artikel 21

(1) Von den im Fach Sport und den Wahlfächern erreichten Endnoten werden für die Ermittlung der allgemeinen Durchschnittsnote nur die über 6 erzielten ganzen Punkte in Anrechnung gebracht.

(2) Für die Ermittlung des allgemeinen Notendurchschnitts werden daher nur die in diesen Prüfungen erzielten Punkte 7, 8, 9 oder 10 berücksichtigt.

Artikel 22

Die im Fach Sport und in den Wahlfächern erzielten Punkte werden nach Abschluss der Prüfungen der 1. Prüfungsgruppe nur für Kandidaten, die bereits bestanden haben, zwecks Zuerkennung eines über das Prädikat „befriedigend bestanden“ hinausgehenden Prädikats berücksichtigt.

Artikel 23

(1) Die 2. Prüfungsgruppe umfasst mündliche Prüfungen in den für jeden Zweig festgelegten Fächern. Unter diesen Fächern bestimmt der Präsident des Prüfungsausschusses für jeden Kandidaten die Anzahl und die Art der Prüfungen, denen er sich zu unterziehen hat.

Article 18

1. A l'issue des épreuves du premier groupe, les candidats ayant obtenu une moyenne générale égale ou supérieure à 6,5 sont exemptés des épreuves orales du deuxième groupe et déclarés immédiatement reçus, à condition toutefois qu'ils n'aient pas eu de note inférieure à 6 dans les épreuves obligatoires du premier groupe (la note de l'épreuve de langue du partenaire étant la moyenne arithmétique, non arrondie, des notes des parties écrite et orale de l'épreuve) et pas plus d'une seule note préliminaire inférieure à 6.

2. Les candidats dont la moyenne générale est inférieure à 5 ne sont pas admis à se présenter aux épreuves orales du second groupe et sont ajournés.

3. Les candidats dont l'admission n'a pas été prononcée par le jury à l'issue des épreuves du premier groupe et qui ont obtenu une moyenne générale au moins égale à 5, sous réserve qu'ils puissent encore satisfaire aux conditions prévues par l'article 26, alinéa premier de la présente Convention, subissent les épreuves orales du second groupe.

4. Si le résultat d'une des épreuves écrites du premier groupe, à l'exception de celle de la langue du partenaire, est insuffisant et si le candidat a eu une note préliminaire au moins égale à 6 dans la même discipline, il peut demander à subir une épreuve orale de rattrapage dans cette discipline. La note définitive de l'épreuve est alors la moyenne arithmétique entre la note de l'épreuve écrite et la note de l'épreuve orale de rattrapage, affectée du même coefficient que l'épreuve écrite.

Article 19

L'épreuve d'éducation physique et sportive est obligatoire sauf pour les candidats qui, sur présentation d'un certificat médical, en sont dispensés par le président du jury.

Article 20

1. Les candidats peuvent demander à subir une ou deux épreuves facultatives.

2. Toutefois, les candidats dispensés de l'épreuve d'éducation physique et sportive sont autorisés à se présenter à trois épreuves facultatives.

3. Les épreuves facultatives ont lieu à la diligence du chef de centre.

Article 21

1. Pour l'épreuve d'éducation physique et sportive, ainsi que pour les différentes épreuves facultatives, ne sont retenus pour le calcul de la moyenne générale que les points entiers excédant 6.

2. Pour le calcul de la moyenne générale, seules les notes 7, 8, 9 ou 10 obtenues à ces épreuves sont prises en considération.

Article 22

A l'issue du premier groupe d'épreuves, les points obtenus au titre de l'épreuve d'éducation physique et sportive et des épreuves facultatives n'entrent en ligne de compte que pour les candidats admis et pour l'attribution d'une mention supérieure à la mention assez bien.

Article 23

1. Le deuxième groupe d'épreuves comprend des épreuves orales dans les disciplines retenues pour chaque série. Parmi ces disciplines, le président du jury détermine le nombre et la nature des épreuves que chaque candidat doit subir.

(2) Darüber hinaus kann sich der Kandidat in einem oder zwei der Fächer zur Prüfung melden, in denen seine Vornoten nicht ausreichend sind, mit Ausnahme der Fächer der 1. Prüfungsgruppe; er hat dies dem Leiter des Prüfungszentrums vor Beginn der mündlichen Prüfungen mitzuteilen.

(3) Bei nicht ausreichenden schriftlichen Prüfungsleistungen in einem oder mehreren Fächern der 1. Prüfungsgruppe, mit Ausnahme der Partnersprache, können auf Antrag des Kandidaten eine oder mehrere zusätzliche mündliche Prüfungen in diesen Fächern gemäß Artikel 18 Absatz 4 erfolgen.

Artikel 24

(1) In jedem der für die mündliche Prüfung vorgesehenen Fächer, mit Ausnahme der Prüfungen in der Mutter- und Partnersprache, werden die Kandidaten von ihrem Fachlehrer und einem weiteren Fachlehrer der anderen Staatsangehörigkeit, der das betreffende Fach auf der Oberstufe des deutsch-französischen Gymnasiums unterrichtet, geprüft, und zwar in der Sprache, in der das Fach in der Abschlussklasse unterrichtet worden ist.

Der für das Fach zuständige Fremdprüfer nimmt an der mündlichen Prüfung teil und kann in sie eingreifen.

(2) Die Note wird durch Übereinstimmung zwischen den Prüfern oder, im Falle von Meinungsverschiedenheit, vom Präsidenten des Prüfungsausschusses auf Vorschlag des Fremdprüfers erteilt.

Artikel 25

(1) Nach Beendigung der Prüfungen in der 2. Prüfungsgruppe wird entsprechend Artikel 17 verfahren, wobei die in den mündlichen Prüfungen erzielten Noten berücksichtigt werden.

(2) Die im Fach Sport und in den Wahlfächern erzielten Punkte werden gemäß Artikel 21 für das Bestehen der Abiturprüfung und gegebenenfalls für die Zuerkennung eines Prädikats berücksichtigt.

Artikel 26

(1) Nach Abschluss der mündlichen Prüfungen in der 2. Prüfungsgruppe haben die Kandidaten bestanden, die in der Gesamtheit der zu berücksichtigenden Ergebnisse einen allgemeinen Notendurchschnitt von 6 und darüber erreicht haben, sofern sie nicht in mehr als zwei Fächern, darunter höchstens in einem verbindlichen Fach der 1. Prüfungsgruppe, eine Note unter 6 aufweisen.

(2) Kandidaten, die diese Bedingung nicht erfüllen, haben die Abiturprüfung nicht bestanden.

Artikel 27

Der Präsident des Prüfungsausschusses lässt eine Niederschrift über die Durchführung der Prüfungen und der Beratungen erstellen, die insbesondere für jeden Kandidaten die Benotungen für jeden Teil der Prüfung, die für jedes Fach ermittelte Durchschnittsnote und die allgemeine Durchschnittsnote enthält. Er leitet den zuständigen Behörden eine beglaubigte Abschrift dieser Niederschrift zu.

Artikel 28

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind bei allen Vorgängen, die die Prüfungen und die Beratungen betreffen, zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

Artikel 29

Den Kandidaten, die das deutsch-französische Abitur bestanden haben, wird ein Zeugnis ausgehändigt, das vom Präsidenten und vom Vizepräsidenten des Prüfungsausschusses im Namen der zuständigen deutschen und französischen Behörden unterzeichnet ist.

2. En outre, le candidat peut demander à subir une ou deux épreuves dans des disciplines dans lesquelles ses notes préliminaires ne sont pas suffisantes à l'exception des disciplines du premier groupe; il doit en informer le chef de centre avant le début des épreuves orales.

3. A la demande du candidat, une insuffisance dans une ou plusieurs épreuves écrites du premier groupe, à l'exception de la langue du partenaire, peut donner lieu à une ou des épreuves supplémentaires orales dans les disciplines concernées, dans les conditions fixées à l'article 18, alinéa quatre.

Article 24

1. Lors des épreuves orales, à l'exception des épreuves en langue maternelle et dans la langue du partenaire, les candidats sont interrogés, dans chaque discipline, dans la langue dans laquelle cette discipline a été enseignée en classe terminale, par leur professeur et par un autre professeur de l'autre nationalité et de même discipline qui enseigne dans les classes du second cycle de l'établissement.

Le membre extérieur du jury appartenant à la même discipline participe à l'interrogation et peut intervenir.

2. La note est donnée par accord entre les examinateurs ou, en cas de divergence, par le président du jury sur proposition du membre extérieur du jury.

Article 25

1. A l'issue du second groupe d'épreuves, il est procédé aux mêmes opérations qu'à l'article 17, en prenant en compte les notes obtenues aux épreuves orales.

2. Les notes obtenues à l'épreuve d'éducation physique et sportive et aux épreuves facultatives sont prises en compte pour l'admission et éventuellement pour l'attribution d'une mention, selon les dispositions prévues par l'article 21.

Article 26

1. A l'issue des épreuves orales du second groupe, sont déclarés admis les candidats dont la moyenne générale pour l'ensemble des éléments de l'examen est égale ou supérieure à 6, à condition toutefois qu'ils n'aient pas eu plus de deux notes inférieures à 6 dans l'ensemble des disciplines, dont au plus une note inférieure à 6 dans les disciplines obligatoires du premier groupe.

2. Les candidats qui ne remplissent pas ces conditions sont ajournés.

Article 27

Le président du jury fait établir un procès-verbal de déroulement des épreuves et des délibérations, comportant en particulier pour chaque candidat les notes attribuées à chaque épreuve, la note moyenne pour chaque discipline et la note de moyenne générale. Il en adresse une copie certifiée conforme aux autorités compétentes.

Article 28

Les membres du jury sont tenus de respecter le secret des opérations de l'examen et des délibérations.

Article 29

Il est décerné aux élèves qui ont subi avec succès les épreuves du baccalauréat franco-allemand un diplôme signé par le président et le vice-président du jury au nom des autorités compétentes françaises et allemandes.

Artikel 30

Kandidaten, die das deutsch-französische Abitur bestanden haben, erhalten auf ihren Zeugnissen folgende Prädikate:

- „mit ausreichend bestanden“, wenn der Kandidat einen allgemeinen Notendurchschnitt von mindestens 6 und weniger als 6,5 erzielt hat;
- „mit befriedigend bestanden“, wenn der Kandidat einen allgemeinen Notendurchschnitt von mindestens 6,5 und weniger als 7,5 erzielt hat;
- „mit gut bestanden“, wenn der Kandidat einen allgemeinen Notendurchschnitt von mindestens 7,5 und weniger als 8,5 erzielt hat;
- „mit sehr gut bestanden“, wenn der Kandidat einen allgemeinen Notendurchschnitt von mindestens 8,5 erzielt hat.

Artikel 31

Jeder Kandidat, der eine Täuschung oder einen Täuschungsversuch unternimmt oder sich der Beihilfe hierzu schuldig macht, wird von der Prüfung ausgeschlossen. Handelt es sich um einen leichteren Fall, so entscheidet der Prüfungsausschuss nach Berichterstattung des Leiters des Prüfungszentrums über die zu treffenden Maßnahmen.

Artikel 32

Die Zuständigkeit für die Entscheidung über Streitfälle, die sich aus der Anwendung dieses Abkommens ergeben können, bestimmt sich auf Seiten jeder der beiden Vertragsparteien nach den Vorschriften, die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei auf entsprechende Streitfälle anwendbar sind, und zwar in der Bundesrepublik Deutschland bei Einsprüchen gegen Entscheidungen in der Abiturprüfung und in der Französischen Republik bei Einsprüchen gegen Entscheidungen in der Baccalauréatprüfung. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz des Prüfungszentrums.

Artikel 33

Änderungen oder Ergänzungen der Lehrpläne der deutsch-französischen Gymnasien werden von beiden Vertragsparteien aufeinander abgestimmt, im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt und nach Zustimmung der deutsch-französischen Expertenkommission für das allgemein bildende Schulwesen, die in Anwendung des Teils I Nummer 3 des am 22. Januar 1963 in Paris unterzeichneten Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit eingesetzt wurde, unter der Verantwortung der jeweils zuständigen Behörden nach den geltenden innerstaatlichen Vorschriften zur Anwendung gebracht.

Artikel 34

(1) Die als Zusatz zu dem Abkommen vom 10. Februar 1972 am 6. Juli 1976 von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik angenommene Vereinbarung über die Rechtsstellung der deutsch-französischen Gymnasien bleibt in Kraft.

(2) Der Notenwechsel vom 12. November 1987 zur Änderung der Anlage zu dem in Absatz 1 genannten Abkommen vom 10. Februar 1972 wird aufgehoben.

Artikel 35

(1) Dieses Abkommen kann nur durch eine in der gleichen Form zwischen den Vertragsparteien geschlossene Übereinkunft revidiert oder ergänzt werden. Die auf diese Weise angebrachten Änderungen kommen unter der Verantwortung der zuständigen Behörden und nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften jedes Staates zur Anwendung.

Article 30

Les diplômes délivrés aux candidats admis au baccalauréat franco-allemand portent les mentions suivantes:

- «passable» lorsque le candidat a obtenu une moyenne générale égale ou supérieure à 6 et inférieure à 6,5;
- «assez bien» lorsque le candidat a obtenu une moyenne générale égale ou supérieure à 6,5 et inférieure à 7,5;
- «bien» lorsque le candidat a obtenu une moyenne générale égale ou supérieure à 7,5 et inférieure à 8,5;
- «très bien» lorsque le candidat a obtenu une moyenne générale égale ou supérieure à 8,5.

Article 31

Tout candidat convaincu de fraude ou de tentative de fraude ou d'avoir favorisé par son aide une fraude ou une tentative de fraude est exclu de l'examen. Dans des cas moins graves, le jury, sur rapport du chef de centre, décide des mesures à prendre.

Article 32

La détermination des juridictions compétentes pour l'appréciation des litiges susceptibles de résulter de l'application de la présente Convention se fait pour chaque Partie en vertu des règles applicables pour les litiges de même nature, sur le territoire de chacune des Parties, la République française pour les litiges relatifs au baccalauréat, la République fédérale d'Allemagne pour les litiges relatifs à l'Abitur. La compétence territoriale est déterminée en fonction de la situation géographique du centre d'examen.

Article 33

Les modifications ou les ajouts apportés aux programmes d'enseignement des lycées franco-allemands sont effectués en concertation par les deux Parties, fixés d'un commun accord et mis en application sous la responsabilité des autorités compétentes respectives selon les réglementations nationales en vigueur, après approbation de la Commission franco-allemande des experts pour l'enseignement général, instituée en application de l'article I.3 du Traité entre la République française et la République fédérale d'Allemagne sur la coopération franco-allemande, signé à Paris le 22 janvier 1963.

Article 34

1. L'accord complémentaire à la Convention du 10 février 1972, adopté le 6 juillet 1976 par le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, portant sur la réglementation juridique des lycées franco-allemands, reste en vigueur.

2. L'échange de lettres du 12 novembre 1987 modifiant l'annexe à la Convention du 10 février 1972, citée ci-dessus, est abrogé.

Article 35

1. La présente Convention ne pourra être révisée ou complétée que par accord conclu dans les mêmes formes entre les deux Parties. Les modifications ainsi apportées sont mises en œuvre sous la responsabilité des autorités compétentes et selon les lois et règlements de chaque Etat.

(2) Die diesem Abkommen als Anlage beigefügten Bestimmungen zur Durchführung des Abkommens und sonstige ergänzende Regelungen können durch Notenwechsel zwischen dem Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik geändert oder ergänzt werden.

(3) Dieses Abkommen verlängert sich stillschweigend um jeweils fünf Jahre. Es kann von jeder der Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren jederzeit durch auf diplomatischem Weg übermittelte schriftliche Notifikation gekündigt werden.

Diese Kündigung stellt die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien im Zusammenhang mit Vorhaben, die im Rahmen dieses Abkommens begonnen wurden, nicht in Frage, sofern die Vertragsparteien nichts anderes beschließen.

Artikel 36

Dieses Abkommen tritt mit seinem Inkrafttreten an die Stelle des Abkommens vom 10. Februar 1972 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Errichtung deutsch-französischer Gymnasien und die Schaffung des deutsch-französischen Abiturs sowie die Bedingungen für die Zuerkennung des Abiturzeugnisses und hebt es auf.

Artikel 37

(1) Die Vertragsparteien notifizieren einander den Abschluss der jeweils erforderlichen innerstaatlichen Verfahren für das Inkrafttreten dieses Abkommens; Tag des Inkrafttretens ist der erste Tag des zweiten Monats nach Eingang der zweiten Notifikation.

(2) Hinsichtlich der Festlegung der Fächer, die Gegenstand der Vornoten und der Prüfungen nach Artikel 11 sind, werden die Bestimmungen dieses Abkommens auf das bei den deutsch-französischen Gymnasien im wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Zweig erworbene Abitur mit Wirkung ab dem Schuljahr 2001/2002 angewendet, für die deutsche Vertragspartei vorläufig und nach Maßgabe des deutschen Rechts.

Geschehen zu Schwerin am 30. Juli 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2. Les dispositions jointes en annexe, relatives à la mise en œuvre de la présente Convention, ainsi que toute autre réglementation complémentaire peuvent être modifiées ou complétées par échange de lettres entre le ministre des Affaires étrangères de la République française et le ministre des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne.

3. La présente Convention est renouvelée tacitement par période de cinq ans. Elle peut être dénoncée à tout moment par chacune des Parties par notification écrite transmise par la voie diplomatique avec un préavis de deux ans.

Cette dénonciation ne remet pas en cause les droits et obligations des Parties liés aux projets engagés dans le cadre de la présente Convention sauf décision contraire des Parties.

Article 36

La présente Convention abroge et remplace, lors de son entrée en vigueur, la Convention du 10 février 1972 entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne concernant l'établissement de lycées franco-allemands, portant création du baccalauréat franco-allemand et fixant les conditions de délivrance de son diplôme.

Article 37

1. Chacune des Parties notifie à l'autre l'accomplissement des procédures internes requises en ce qui la concerne pour l'entrée en vigueur de la présente Convention, qui prend effet le premier jour du deuxième mois qui suit le jour de réception de la seconde notification.

2. En ce qui concerne la détermination des disciplines faisant l'objet du relevé de notes préliminaires et des épreuves visés à l'article 11, les dispositions de la présente Convention s'appliquent au baccalauréat franco-allemand de la série économique et sociale délivré par les lycées franco-allemands à compter de l'année scolaire 2001/2002, ainsi qu'à titre provisoire, et conformément à son droit interne, pour la Partie allemande.

Fait à Schwerin, le 30 juillet 2002, en deux exemplaires, chacun en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

J. Fischer
Kurt Beck

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française

Dominique de Villepin
Luc Ferry

Bestimmungen
zur Durchführung des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur

Dispositions relatives
à la mise en œuvre de la Convention
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
relative aux lycées franco-allemands et au baccalauréat franco-allemand

- I -

Fremdprüfer

(siehe Artikel 6 des Abkommens)

Die Fremdprüfer werden von den nationalen Behörden außerhalb der deutsch-französischen Gymnasien ausgewählt, und zwar mindestens drei Lehrer jeder Staatsangehörigkeit für verschiedene Fächer an jedem Prüfungszentrum. Sie müssen über gute Kenntnisse der Partnersprache verfügen.

- II -

Sondertermin

(siehe Artikel 8 Absatz 3 des Abkommens)

Der Präsident des Prüfungsausschusses entscheidet über die Anerkennung der Gründe für die Nichtdurchführung der Prüfung auf Grund der vom Kandidaten vorgelegten Atteste und Bescheinigungen und darüber, ob und welche Prüfungsteile er zu wiederholen hat.

- III -

Meldung zur Prüfung

(siehe Artikel 3 und 9 des Abkommens)

Der Kandidat reicht seine Meldung bei der Schulleitung des von ihm besuchten deutsch-französischen Gymnasiums ein.

Die Meldung erfolgt in der Zeit zwischen dem 15. und 31. Januar jeden Jahres. Der Kandidat gibt bei der Meldung an, in welchen Wahlfächern er mündlich geprüft werden möchte und – soweit eine Wahlmöglichkeit bei den schriftlichen Prüfungsfächern besteht – für welches schriftliche Prüfungsfach der 1. Prüfungsgruppe er sich entscheidet.

- IV -

**Unterrichtsfächer,
die durch Vornoten bewertet werden**

(siehe Artikel 11, 12 und 13 des Abkommens)

Die Fächer, in denen Vornoten erstellt werden, sind folgende:

1. für alle Zweige, mit dem Koeffizienten 1 für jedes Fach:
 - Muttersprache,
 - Partnersprache,
 - Mathematik,
 - Gesellschaftswissenschaften (Geschichte, Geographie, Sozialkunde);
2. für alle Zweige, mit dem Koeffizienten 1/3 für jedes Fach:
 - Sport,
 - die Wahlfächer;

- I -

Membres extérieurs du jury

(cf. article 6 de la Convention)

Les membres extérieurs du jury sont choisis hors des lycées franco-allemands par les autorités nationales dans des disciplines différentes à raison d'au moins trois professeurs de chaque nationalité par centre d'examen. Ils devront avoir une bonne connaissance de la langue du partenaire.

- II -

Session de remplacement

(cf. article 8 [§3] de la Convention)

Il appartient au président du jury d'apprécier le bien-fondé des motifs de l'absence en fonction des attestations et justifications présentées par le candidat et de décider du nombre et de la nature des épreuves qu'il devra repasser.

- III -

Inscription à l'examen

(cf. articles 3 et 9 de la Convention)

L'inscription à l'examen est effectuée par les soins du candidat auprès de l'administration du lycée franco-allemand dans lequel il effectue sa scolarité.

Les registres d'inscriptions sont ouverts entre le 15 et le 31 janvier de chaque année. Lors de l'inscription, le candidat fait connaître la nature des épreuves qu'il a choisies pour les épreuves orales facultatives ainsi que pour l'épreuve écrite du premier groupe qu'il a choisie, dans la mesure où la possibilité de choix existe.

- IV -

**Disciplines faisant l'objet
du relevé de notes préliminaires**
(cf. articles 11, 12 et 13 de la Convention)

Les disciplines faisant l'objet du relevé des notes préliminaires sont les suivantes:

1. Pour toutes les séries, affectées du coefficient 1:
 - Langue maternelle;
 - Langue du partenaire;
 - Mathématiques;
 - Sciences humaines (histoire, géographie, éducation civique, juridique et sociale).
2. Pour toutes les séries, affectées du coefficient 1/3:
 - Education physique et sportive;
 - Disciplines facultatives.

3. außerdem, mit dem Koeffizienten 1 für jedes Fach:

a) für den literarischen Zweig mit Schwerpunkt Englisch:

- Philosophie,
- Englisch,
- Biologie;

b) für den literarischen Zweig mit Schwerpunkt Latein:

- Philosophie,
- Latein,
- Biologie;

c) für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig:

- Physik,
- Chemie,
- Biologie;

d) für den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Zweig:

- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
- Englisch,
- Religion beziehungsweise Ethik (deutsche Kandidaten); Philosophie (französische Kandidaten).

– V –

Prüfungen der 1. Prüfungsgruppe

(siehe Artikel 11, 12, 14 und 15 des Abkommens)

A. Die Prüfungen der 1. Prüfungsgruppe umfassen:

1. für alle Zweige:

- eine schriftliche Prüfung in der Muttersprache, Dauer 4,5 Stunden, mit dem Koeffizienten 3 für den literarischen Zweig, für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig mit Schwerpunkt Naturwissenschaften und für den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Zweig sowie mit dem Koeffizienten 2 für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig mit Schwerpunkt Mathematik;
- eine schriftliche Prüfung in der Partnersprache, Dauer 4 Stunden, mit dem Koeffizienten 1,5;
- eine mündliche Prüfung in der Partnersprache mit dem Koeffizienten 1,5.

2. außerdem:

a) für den literarischen Zweig mit Schwerpunkt Englisch nach Wahl des Kandidaten zwei der drei folgenden schriftlichen Prüfungen, jede dieser Prüfungen mit dem Koeffizienten 3:

- in Philosophie, Dauer 4 Stunden,
- in Englisch, Dauer 3 Stunden,
- in Mathematik, Dauer 3 Stunden;

b) für den literarischen Zweig mit Schwerpunkt Latein nach Wahl des Kandidaten zwei der drei folgenden schriftlichen Prüfungen, jede dieser Prüfungen mit dem Koeffizienten 3:

- in Philosophie, Dauer 4 Stunden,
- in Latein, Dauer 3 Stunden,
- in Mathematik, Dauer 3 Stunden;

3. En outre, affectées du coefficient 1:

a) Pour la série littéraire, avec enseignement de spécialité «anglais»

- Philosophie;
- Anglais;
- Biologie.

b) Pour la série littéraire, avec enseignement de spécialité «latin»

- Philosophie;
- Latin;
- Biologie.

c) Pour la série scientifique

- Physique;
- Chimie;
- Biologie.

d) Pour la série économique et sociale

- Sciences économiques et sociales;
- Anglais;
- Philosophie (candidats français); religion ou éthique (candidats allemands).

– V –

Epreuves du premier groupe

(cf. articles 11, 12, 14 et 15 de la Convention)

A. Les épreuves du premier groupe comportent:

1. Pour toutes les séries:

- une épreuve écrite dans la langue maternelle, d'une durée de quatre heures trente, affectée du coefficient 3 pour la série littéraire et la série scientifique avec enseignement de spécialité «sciences physiques» ainsi que pour la série économique et sociale, et affectée du coefficient 2 pour la série scientifique avec enseignement de spécialité «mathématiques»;
- une épreuve écrite dans la langue du partenaire, d'une durée de quatre heures, affectée du coefficient 1,5;
- une épreuve orale dans la langue du partenaire, affectée du coefficient 1,5.

2. En outre:

a) Pour la série littéraire, avec enseignement de spécialité «anglais», au choix du candidat, deux des trois épreuves écrites suivantes:

- Philosophie, durée: quatre heures;
- Anglais, durée: trois heures;
- Mathématiques, durée: trois heures.

Chacune de ces épreuves est affectée du coefficient 3.

b) Pour la série littéraire, avec enseignement de spécialité «latin», au choix du candidat, deux des trois épreuves écrites suivantes:

- Philosophie, durée: quatre heures;
- Latin, durée: trois heures;
- Mathématiques, durée: trois heures.

Chacune de ces épreuves est affectée du coefficient 3.

- c) für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig mit Schwerpunkt Mathematik:
- eine schriftliche Prüfung in Mathematik, Dauer 4 Stunden, mit dem Koeffizienten 4,
 - eine schriftliche Prüfung in Physik mit dem Koeffizienten 3, Dauer 3 Stunden, die gegebenenfalls erforderliche Vorbereitungszeit für praktische Versuche nicht eingeschlossen;
- d) für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig mit Schwerpunkt Naturwissenschaften:
- eine schriftliche Prüfung in Mathematik, Dauer 4 Stunden, mit dem Koeffizienten 3,
 - eine schriftliche Prüfung nach Wahl des Kandidaten in Biologie oder Chemie mit dem Koeffizienten 3, Dauer 3 Stunden, die gegebenenfalls erforderliche Vorbereitungszeit für praktische Versuche nicht eingeschlossen;
- e) für den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Zweig:
- eine schriftliche Prüfung in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Dauer 4 Stunden, mit dem Koeffizienten 3,
 - eine schriftliche Prüfung in Mathematik (mit Wirtschaftsmathematik), Dauer 4 Stunden, mit dem Koeffizienten 3.
- B. Art der Prüfungsaufgaben der 1. Prüfungsgruppe (siehe Artikel 14 und 15 des Abkommens):
1. Schriftliche Prüfung in der Muttersprache, Dauer 4,5 Stunden:
- a) Literarischer Zweig: Die Kandidaten haben die Wahl zwischen drei Prüfungsaufgaben, von denen eine bearbeitet werden muss:
- ein allgemein-literarisches oder allgemein-kulturelles Thema;
 - ein literarisches Thema, das sich auf einen oder mehrere Autoren aus dem Lehrplan der beiden letzten Klassen bezieht;
 - eine Kommentierung einer kürzeren Textstelle aus dem Werk eines Autors aus dem Lehrplan der beiden letzten Klassen.
- (Die drei Aufgaben sind für beide Schwerpunkte gleich.)
- b) Mathematisch-naturwissenschaftlicher Zweig (nur französische Klassen): Die Kandidaten haben die Wahl zwischen vier Prüfungsaufgaben, von denen eine bearbeitet werden muss:
- ein literarisches Thema, das sich auf einen oder mehrere Autoren aus dem Lehrplan der beiden letzten Klassen bezieht;
 - eine Kommentierung einer kürzeren Textstelle aus dem Werk eines Autors aus dem Literatur-Lehrplan der beiden letzten Klassen;
 - die Analyse eines philosophischen Textes, dessen Autor zum Lehrplan der beiden letzten Klassen gehören kann;
 - die philosophische Behandlung eines allgemeinen Themas, wobei der Kandidat die im Philosophieunterricht erworbenen Kenntnisse selbständig anwenden kann.
- Für die zwei letzten Aufgaben ist der erste Korrektor der Philosophielehrer des Kandidaten; zweiter Korrektor ist ein Fachlehrer für Literatur.
- c) Pour la série scientifique avec enseignement de spécialité «mathématiques»:
- une épreuve écrite de mathématiques, d'une durée de quatre heures, affectée du coefficient 4;
 - une épreuve écrite de physique, d'une durée de trois heures, affectée du coefficient 3, non compris le temps éventuellement nécessaire à la préparation de travaux pratiques.
- d) Pour la série scientifique avec enseignement de spécialité «sciences physiques»:
- une épreuve écrite de mathématiques, d'une durée de quatre heures, affectée du coefficient 3;
 - une épreuve écrite de biologie ou de chimie, au choix du candidat, d'une durée de trois heures, non compris le temps éventuellement nécessaire à la préparation de travaux pratiques, affectée du coefficient 3.
- e) Pour la série économique et sociale:
- une épreuve écrite de sciences économiques et sociales, d'une durée de quatre heures, affectée du coefficient 3;
 - une épreuve écrite de mathématiques (avec mathématiques appliquées aux sciences économiques), d'une durée de quatre heures, affectée du coefficient 3.
- B. Nature des épreuves du premier groupe (cf. articles 14 et 15 de la Convention):
1. Epreuve écrite dans la langue maternelle, durée: quatre heures trente:
- a) Série littéraire: trois sujets sont proposés aux candidats, parmi lesquels ils en choisissent un:
- un sujet portant sur un thème littéraire général ou de culture générale;
 - un sujet littéraire se rapportant à un ou plusieurs auteurs du programme des classes de première et terminale;
 - un commentaire d'un texte court extrait de l'œuvre d'un auteur du programme des classes de première et terminale.
- (Les trois sujets sont identiques pour les deux spécialités.)
- b) Série scientifique (classes françaises seulement): quatre sujets sont proposés aux candidats, parmi lesquels ils en choisissent un:
- un sujet littéraire se rapportant à un ou plusieurs auteurs du programme des classes de première et terminale;
 - un commentaire d'un texte court extrait de l'œuvre d'un auteur du programme littéraire des classes de première et terminale;
 - un commentaire d'un texte philosophique d'un auteur figurant ou non au programme des classes de première et terminale;
 - un sujet proposant au candidat une réflexion sur un thème général, au cours de laquelle il lui est possible d'utiliser d'une manière personnelle les connaissances acquises dans le cours de philosophie.
- Pour les deux derniers sujets, la première correction sera assurée par le professeur de philosophie du candidat, la seconde par un professeur de lettres.

(Die vier Aufgaben sind für beide Schwerpunkte gleich.)

- c) Mathematisch-naturwissenschaftlicher Zweig (nur deutsche Klassen):

Die Kandidaten haben die Wahl zwischen vier Prüfungsaufgaben, von denen eine bearbeitet werden muss:

- ein allgemein-literarisches Thema;
- ein literarisches Thema, das sich auf einen oder mehrere Autoren aus dem Lehrplan der beiden letzten Klassen bezieht;
- die Analyse einer kürzeren Textstelle aus dem Werk eines Autors aus dem Lehrplan der beiden letzten Klassen;
- ein Thema aus der allgemeinen Ethik, formuliert von dem Deutschlehrer im Einvernehmen mit dem Religions- und dem Ethiklehrer.

Die Arbeiten werden von den Deutschlehrern korrigiert und benotet.

(Die vier Aufgaben sind für beide Schwerpunkte gleich.)

2. Prüfung in der Partnersprache:

- a) Schriftlich, Dauer 4 Stunden; die Aufgabe ist für alle Zweige gleich.

Diese Prüfung soll allen Kandidaten Gelegenheit bieten, sich in der Partnersprache auszudrücken. Die Prüfungsaufgabe besteht in der gelenkten Kommentierung eines nicht zu langen, in sich geschlossenen Textes von mittlerem Schwierigkeitsgrad; der Text soll möglichst aus dem Werk eines modernen oder zeitgenössischen Autors stammen. Für besonders schwierige Wörter oder Redewendungen sollen Erklärungshilfen gegeben werden.

Der Kandidat soll durch die Fragen schrittweise zum Verständnis des Textes und zu einer entsprechenden Kommentierung geführt werden. Die letzte Frage stellt dem Kandidaten die Wahl zwischen zwei Themen; dabei wird er aufgefordert, entweder in der Form einer persönlichen Stellungnahme oder in der Form einer sachlichen Erörterung ausgehend vom kommentierten Text oder in Bezug auf diesen Text ausführlichere Ausführungen zu einem allgemeineren Thema zu machen.

Der vorgeschlagene Text soll zu seiner Behandlung keine besonderen literaturgeschichtlichen Kenntnisse voraussetzen. Er kann dem Werk eines im Unterricht gelesenen Autors entnommen sein.

- b) Mündliche Prüfung, Dauer höchstens 20 Minuten nach einer Vorbereitungszeit von 20 Minuten für den einzelnen Kandidaten.

Diese Prüfung soll den besonderen bilingualen und bikulturellen Charakter eines deutsch-französischen Gymnasiums sichtbar machen. Der Zweitprüfer ist ein Fachlehrer der Muttersprache der jeweiligen nationalen Abteilung des Kandidaten.

Die Prüfung dient in erster Linie dazu, die Kenntnisse der Sprache und Kultur des Partnerlandes festzustellen. Im letzten Teil der Prüfung stellt der Zweitprüfer Fragen an den Kandidaten, die den fremdsprachlichen Text einerseits und die eigene Literatur und Kultur andererseits miteinander in Verbindung bringen.

Die Gesamtleistung dieser Prüfung wird von beiden Prüfern einvernehmlich in einer Note zusammengefasst.

(Les quatre sujets sont identiques pour les deux spécialités.)

- c) Série scientifique (classes allemandes seulement):

quatre sujets sont proposés aux candidats, parmi lesquels ils en choisissent un:

- un sujet portant sur un thème littéraire général;
- un sujet littéraire se rapportant à un ou plusieurs auteurs du programme des classes de première et terminale;
- l'analyse d'un texte court extrait de l'œuvre d'un auteur du programme des classes de première et terminale;
- un sujet d'éthique générale, proposé par le professeur de lettres en accord avec les professeurs de religion et d'éthique.

Les travaux sont corrigés et notés par les professeurs de lettres.

(Les quatre sujets sont identiques pour les deux spécialités.)

2. Epreuves dans la langue du partenaire:

- a) Epreuve écrite, durée: quatre heures; le sujet est identique pour toutes les séries.

Cette épreuve doit permettre à tous les candidats de s'exprimer dans la langue du partenaire. Elle est constituée par le commentaire dirigé d'un texte assez bref, formant un tout, d'une difficulté moyenne, choisi de préférence dans l'œuvre d'un auteur moderne ou contemporain. Les termes ou expressions présentant des difficultés particulières doivent faire l'objet de notes explicatives.

Les questions conduisent progressivement le candidat à la compréhension du texte et à la rédaction de commentaires. La dernière question propose au candidat le choix entre deux sujets, l'invitant à s'exprimer à partir ou à propos du texte commenté, d'une manière plus approfondie, sur un thème plus général, sous la forme d'un essai personnel ou d'une brève dissertation.

Le texte proposé ne nécessitera pas de connaissances particulières d'histoire littéraire. Il peut être choisi dans l'œuvre d'un auteur traité au cours de la scolarité.

- b) Epreuve orale, durée: vingt minutes maximum après préparation individuelle de vingt minutes.

Cette épreuve doit mettre en évidence le caractère particulier bilingue et biculturel des lycées franco-allemands. Le second examinateur est un spécialiste de la langue maternelle de la section du candidat.

L'épreuve est destinée en premier lieu à contrôler les connaissances de la langue et de la culture du pays du partenaire. Dans la dernière partie de l'interrogation, le deuxième examinateur pose au candidat quelques questions faisant apparaître les rapports entre, d'une part, le texte en langue étrangère et, d'autre part, la littérature et la civilisation nationales.

L'ensemble de l'épreuve fait l'objet d'une note unique donnée d'un commun accord par les deux examinateurs.

3. Schriftliche Prüfung in Philosophie, Dauer 4 Stunden; die Kandidaten können unter drei Arten von Themen eines wählen:

- eine Erörterung, bei der auf die philosophischen und literarischen Kenntnisse aus dem Lehrplan der beiden letzten Klassen zurückzugreifen ist;
- die Kommentierung eines philosophischen Textes, dessen Autor zum Lehrplan der beiden letzten Klassen gehören kann;
- die philosophische Behandlung eines allgemeinen Themas, wobei der Kandidat die im Philosophieunterricht erworbenen Kenntnisse selbständig anwenden kann.

4. Schriftliche Prüfung in Latein (Herübersetzung), Dauer 3 Stunden:

Der zu übersetzende lateinische Text soll etwa 20 bis 30 Zeilen betragen und einen mittleren Schwierigkeitsgrad aufweisen. Der Gebrauch eines Wörterbuchs „Latein – Deutsch“ oder „Latein – Französisch“ ist gestattet. Der Präsident des Prüfungsausschusses bestimmt auf Vorschlag der Direktoren, welche Wörterbücher zulässig sind.

5. Schriftliche Prüfung in Englisch, Dauer 3 Stunden:

Die Prüfungsaufgabe besteht in einer Textinterpretation – a guided analysis – eines nicht zu langen, in sich geschlossenen literarischen oder landeskundlichen Textes von mittlerem Schwierigkeitsgrad. Der Text kann aus dem Werk eines im Lehrplan vorkommenden Autors stammen.

Der Kandidat wird durch die Fragen schrittweise zum Verständnis des Textes und zu einer entsprechenden Kommentierung geführt. Mit der letzten Frage wird er aufgefordert, entweder in der Form eines persönlichen Essays oder in der Form eines kurzen Aufsatzes ausgehend vom Text oder in Bezug auf diesen Text ausführlichere Ausführungen zu einem allgemeineren Thema zu machen.

Der Gebrauch eines einsprachigen Wörterbuchs ist gestattet. Der Präsident des Prüfungsausschusses bestimmt auf Vorschlag der Direktoren, welche Wörterbücher zulässig sind.

6. Schriftliche Prüfung in Mathematik, literarischer Zweig, Dauer: 3 Stunden; mathematisch-naturwissenschaftlicher Zweig, Dauer: 4 Stunden; wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Zweig, Dauer: 4 Stunden:

Die Aufgaben, die für die verschiedenen Zweige unterschiedlich sind, umfassen drei Teile, die sich auf die verschiedenen Kapitel des Lehrplans beziehen. Der Gebrauch einer mathematischen Formelsammlung und eines Taschenrechners ist gestattet. Der Präsident des Prüfungsausschusses bestimmt auf Vorschlag der Direktoren, welche Arten von Formelsammlungen und Taschenrechnern zulässig sind.

7. Schriftliche Prüfung in Physik, Dauer 3 Stunden:

Der Kandidat hat drei Aufgaben zu bearbeiten, deren Material aus dem Stoff des Lehrplans der beiden letzten Klassen gewählt wird. Die Verteilung der Bewertungspunkte auf die drei Aufgaben erscheint auf dem Aufgabenblatt der Kandidaten. Die Benutzung einer Formelsammlung ist nicht zulässig.

8. Schriftliche Prüfung in Chemie, Dauer 3 Stunden:

Von den drei gestellten Aufgaben hat der Kandidat zwei zu bearbeiten. Die Benutzung einer Chemie-Formelsammlung ist nicht zulässig.

3. Epreuve écrite de philosophie, durée: quatre heures; trois types de sujets sont proposés aux candidats, parmi lesquels ils en choisissent un:

- une dissertation faisant appel aux connaissances philosophiques et littéraires du programme des classes de première et terminale;
- un commentaire d'un texte philosophique dont l'auteur figure ou non au programme des classes de première et terminale;
- une dissertation de culture générale à caractère philosophique au cours de laquelle il est possible au candidat d'utiliser d'une manière personnelle les connaissances acquises dans le cours de philosophie.

4. Epreuve écrite de version latine, durée: trois heures.

Le texte latin, d'une longueur de vingt à trente lignes, est d'une difficulté moyenne. L'utilisation d'un dictionnaire latin-français ou latin-allemand est autorisée. Le président du jury, sur proposition des directeurs, arrête la liste des dictionnaires autorisés.

5. Epreuve écrite d'anglais, durée: trois heures.

L'épreuve consiste en un commentaire dirigé d'un texte assez bref, littéraire ou de civilisation, formant un tout, d'une difficulté moyenne. Ce texte peut être choisi dans l'œuvre d'un auteur du programme.

Les questions conduisent progressivement le candidat à la compréhension du texte et à la rédaction de commentaires. La dernière question invite le candidat à s'exprimer d'une manière plus approfondie, à partir ou à propos du texte, sur un thème plus général, sous la forme d'un essai personnel ou d'une brève dissertation.

L'utilisation d'un dictionnaire monolingue est autorisée. Le président du jury, sur proposition des directeurs, arrête la liste des dictionnaires autorisés.

6. Epreuve écrite de mathématiques, série littéraire, durée: trois heures; série scientifique, durée: quatre heures; série économique et sociale, durée: quatre heures.

Les épreuves, différentes selon les séries, comprennent trois parties portant sur des chapitres différents du programme. L'utilisation d'un formulaire de mathématiques et d'une calculatrice de poche est autorisée. Le président du jury, sur proposition des directeurs, arrête le ou les types de formulaires et de calculatrices autorisés.

7. Epreuve écrite de physique, durée: trois heures.

Le candidat doit traiter trois exercices portant sur le programme des classes de première et terminale. La répartition des points entre les trois exercices figure sur le sujet. Aucun formulaire n'est autorisé.

8. Epreuve écrite de chimie, durée: trois heures.

Le candidat doit traiter deux sujets sur les trois qui lui sont proposés. Aucun formulaire de chimie n'est autorisé.

9. Schriftliche Prüfung in Biologie, Dauer 3 Stunden:

Von den drei gestellten Aufgaben hat der Kandidat zwei zu bearbeiten.

10. Schriftliche Prüfung in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Dauer 4 Stunden:

Die vom Kandidaten zu bearbeitende Aufgabe besteht in einer zusammenfassenden Darstellung eines Themas auf der Grundlage von 3 beziehungsweise 4 Dokumenten unterschiedlicher Art. Er kann auch seine persönlichen Kenntnisse einbeziehen.

C. Allgemeines

1. Die Lehrer der Abschlussklassen der deutsch-französischen Gymnasien erstellen zwei vollständige Aufgabenvorschläge für jede schriftliche Prüfung, auf die sie die Kandidaten vorbereiten. Diese Aufgabenvorschläge müssen den Anforderungen entsprechen, die in diesen Durchführungsbestimmungen aufgeführt sind. Sie müssen sich je nach Zweig unterscheiden und in den Prüfungsfächern Philosophie und Mathematik der Zweige L und S mit Schwerpunkt Naturwissenschaften sowie Chemie und Biologie des Zweigs S mit Schwerpunkt Naturwissenschaften in beiden Sprachen abgefasst sein.

Im wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Zweig müssen die Aufgaben in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in französischer Sprache und die Aufgaben in Mathematik (mit Wirtschaftsmathematik) in deutscher Sprache abgefasst sein.

2. Die Fachlehrer dürfen nur Prüfungsaufgaben vorschlagen, die sie nicht in der Klasse behandelt haben.

– VI –

Mündliche Prüfungen in der 2. Prüfungsgruppe

(siehe Artikel 23 des Abkommens)

1. Für alle Zweige gilt: Das Fach, das der Kandidat bei der schriftlichen Prüfung in der 1. Gruppe ausgewählt hat, fällt unter die Gruppe der Fächer, unter denen der Präsident des Prüfungsausschusses die Anzahl und die Art der mündlichen Prüfungen der 2. Gruppe bestimmt.

Mündliche Prüfungen außer etwaigen mündlichen Aufbesserungsprüfungen nach Artikel 18 Absatz 4 des Abkommens können in folgenden Fächern stattfinden:

2. für den literarischen Zweig mit Schwerpunkt Englisch, mit dem Koeffizienten 2 für jedes Fach:
 - Englisch, Philosophie oder Mathematik (siehe Nummer 1),
 - Gesellschaftswissenschaften (Geschichte, Geographie, Sozialkunde),
 - Biologie;
3. für den literarischen Zweig mit Schwerpunkt Latein, mit dem Koeffizienten 2 für jedes Fach:
 - Latein, Philosophie oder Mathematik (siehe Nummer 1),
 - Gesellschaftswissenschaften (Geschichte, Geographie, Sozialkunde),
 - Biologie;
4. für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig mit Schwerpunkt Mathematik, mit dem Koeffizienten 2 für jedes Fach:
 - Chemie,
 - Gesellschaftswissenschaften (Geschichte, Geographie, Sozialkunde),
 - Biologie;

9. Epreuve écrite de biologie, durée: trois heures.

Le candidat traite deux sujets sur les trois qui lui sont proposés.

10. Epreuve écrite de sciences économiques et sociales, durée: 4 heures:

Le candidat doit traiter une question de synthèse étayée par un travail préparatoire reposant sur l'étude de trois ou quatre documents de nature différente. Il peut aussi faire appel à ses connaissances personnelles.

C. Généralités

1. Les professeurs des classes terminales des lycées franco-allemands élaborent deux propositions complètes de sujets pour chaque épreuve écrite à laquelle ils préparent les candidats. Ces propositions de sujets doivent correspondre aux directives contenues dans les présentes dispositions. Ces propositions doivent être distinctes selon les séries et être rédigées dans les deux langues pour les épreuves de philosophie et de mathématiques des séries littéraire et scientifique, avec enseignement de spécialité «sciences physiques», ainsi que pour les épreuves de chimie et de biologie dans la série scientifique avec enseignement de spécialité «sciences physiques».

Pour la série économique et sociale, les sujets de sciences économiques et sociales doivent être rédigés en français et les sujets de mathématiques (avec mathématiques appliquées aux sciences économiques) en allemand.

2. Les professeurs de la discipline ne doivent proposer que des sujets d'examen qui n'ont pas été traités en classe.

– VI –

Epreuves orales du second groupe

(cf. article 23 de la Convention)

1. Pour toutes les séries: la discipline que le candidat n'a pas choisie lors de l'épreuve écrite du premier groupe fait partie du groupe des disciplines parmi lesquelles le président du jury détermine le nombre et la nature des épreuves orales du deuxième groupe.

Les disciplines qui peuvent faire l'objet d'épreuves orales, outre éventuellement les épreuves orales de rattrapage prévues à l'article 18, alinéa 4, de la Convention, sont les suivantes:

2. Pour la série littéraire, enseignement de spécialité «anglais», affectées du coefficient 2, les disciplines suivantes:
 - Anglais, philosophie ou mathématiques (voir alinéa 1);
 - Sciences humaines (histoire, géographie, éducation civique, juridique et sociale);
 - Biologie.
3. Pour la série littéraire, enseignement de spécialité «latin», affectées du coefficient 2, les disciplines suivantes:
 - Latin, philosophie ou mathématiques (voir alinéa 1);
 - Sciences humaines (histoire, géographie, éducation civique, juridique et sociale);
 - Biologie.
4. Pour la série scientifique avec enseignement de spécialité «mathématiques», affectées du coefficient 2, les disciplines suivantes:
 - Chimie;
 - Sciences humaines (histoire, géographie, éducation civique, juridique et sociale);
 - Biologie.

5. für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig mit Schwerpunkt Naturwissenschaften, mit dem Koeffizienten 2 für jedes Fach:
- Biologie oder Chemie (siehe Nummer 1),
 - Physik,
 - Gesellschaftswissenschaften (Geschichte, Geographie, Sozialkunde);
6. für den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Zweig mit dem Koeffizienten 2 für jedes Fach:
- Englisch,
 - Gesellschaftswissenschaften (Geschichte, Geographie, Sozialkunde),
 - Religion beziehungsweise Ethik (deutsche Kandidaten); Philosophie (französische Kandidaten).
- B. Bei der mündlichen Prüfung in Gesellschaftswissenschaften wird die Entscheidung über das zu prüfende Fach unmittelbar nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der Prüfungen der 1. Gruppe unter der Verantwortung des Präsidenten des Prüfungsausschusses durch das Losverfahren bestimmt. Der Kandidat wird in der jeweiligen Unterrichtssprache geprüft.
- C. Jede zusätzliche Prüfung, der sich der Kandidat auf seinen Antrag hin gemäß Artikel 23 Absatz 2 des Abkommens unterzogen hat, ist mit dem Koeffizienten 1 zu bewerten.
5. Pour la série scientifique avec enseignement de spécialité «sciences physiques», affectées du coefficient 2, les disciplines suivantes:
- Biologie ou chimie (voir alinéa 1);
 - Physique;
 - Sciences humaines (histoire, géographie, éducation civique, juridique et sociale).
6. Pour la série économique et sociale, affectées du coefficient 2, les disciplines suivantes:
- Anglais;
 - Sciences humaines (histoire, géographie, éducation civique, juridique et sociale);
 - Philosophie (candidats français); religion ou éthique (candidats allemands).
- B. Pour l'épreuve orale de sciences humaines, la matière précise de l'examen est tirée au sort, sous la responsabilité du président du jury, à l'issue de la proclamation des résultats des épreuves du premier groupe. Le candidat est interrogé dans la langue dans laquelle la matière a été enseignée.
- C. Chacune des épreuves complémentaires passées par un candidat sur sa demande, conformément aux dispositions de l'article 23, paragraphe 2, de la Convention, est affectée du coefficient 1.

– VII –

Prüfung in Sport

(siehe Artikel 19 des Abkommens)

Die Prüfung in Sport findet in zwei Teilen statt:

- der erste Teil in der vorletzten Klasse,
- der zweite Teil in der Abschlussklasse.

Die Endnote der Prüfung in Sport hat den Koeffizienten 1. Sie besteht aus folgenden Teilnoten:

- zu 1/3 aus dem arithmetischen Mittel (bis zur ersten Dezimalstelle berechnet) der Trimesternoten der beiden letzten Klassen,
- zu 1/3 aus der Note für die Prüfung in der vorletzten Klasse,
- zu 1/3 aus der Note für die Prüfung in der Abschlussklasse.

Wenn sich bei der Ermittlung der Endnote eine Dezimalstelle ergibt, wird diese bis zu einem Stellenwert von 49/100 nach dem unteren ganzen Punkt abgerundet, bei einem Stellenwert von 50/100 und darüber nach dem oberen ganzen Punkt aufgerundet.

– VIII –

Prüfungen in den Wahlfächern

(siehe Artikel 20 des Abkommens)

Folgende Wahlfächer, deren Koeffizient jeweils 1 ist, können Gegenstand einer Prüfung sein:

- Kunsterziehung,
- Musik,
- Englisch, außer für Kandidaten des literarischen Zweigs mit Schwerpunkt Englisch,
- Latein, außer für Kandidaten des literarischen Zweigs mit Schwerpunkt Latein,
- eine dritte lebende Fremdsprache oder Griechisch,
- Informatik,
- Religion beziehungsweise Ethik (nur für die Kandidaten der deutschen Klassen).

– VII –

Epreuve d'éducation physique et sportive

(cf. article 19 de la Convention)

L'épreuve d'éducation physique et sportive se déroule en deux parties:

- l'une en première;
- l'autre en terminale.

La note définitive de l'épreuve d'éducation physique et sportive est affectée du coefficient 1. Elle résulte:

- pour 1/3 de la moyenne arithmétique (calculée à la 1^{ère} décimale) des notes trimestrielles des classes de première et terminale;
- pour 1/3 de la note des épreuves de première;
- pour 1/3 de la note des épreuves de terminale.

Si dans le calcul de la note finale figure une décimale, celle-ci est arrondie au point inférieur si la décimale est inférieure à 5, au point supérieur si la décimale est égale ou supérieure à 5.

– VIII –

Epreuves facultatives

(cf. article 20 de la Convention)

Les disciplines pouvant faire l'objet d'une épreuve facultative sont les suivantes, chacune étant affectée du coefficient 1:

- Education artistique;
- Education musicale;
- Anglais, sauf pour les candidats de la série littéraire, enseignement de spécialité «anglais»;
- Latin, sauf pour les candidats de la série littéraire, enseignement de spécialité «latin»;
- Une troisième langue vivante ou le grec;
- Informatique;
- Religion ou éthique (pour les candidats des classes allemandes seulement).

Die Endnoten der Wahlfächer des deutsch-französischen Abiturs bestehen aus folgenden Teilnoten:

- zu 1/3 aus dem arithmetischen Mittel (bis zur ersten Dezimalstelle berechnet) der Trimesternoten der beiden letzten Klassen,
- zu 2/3 aus den in den Prüfungen des deutsch-französischen Abiturs erzielten Noten.

Wenn sich bei der Ermittlung der Endnote eine Dezimalstelle ergibt, wird diese bis zu einem Stellenwert von 49/100 nach dem unteren ganzen Punkt abgerundet, bei einem Stellenwert von 50/100 und darüber nach dem oberen ganzen Punkt aufgerundet.

Die Zulassung zu der Prüfung in den vorgenannten Wahlfächern ist nur möglich, wenn der Kandidat am Unterricht in dem betreffenden Fach in den drei letzten Klassen mit mindestens zwei Wochenstunden – in den Sprachen mit mindestens drei Wochenstunden – nach einem anerkannten Lehrplan teilgenommen hat.

– IX –

Um die Organisation der Prüfungen an den deutsch-französischen Gymnasien zu erleichtern und die Koordination des Unterrichts zu verbessern, tritt ein dreiköpfiger Koordinationsausschuss nach Bedarf und mindestens einmal pro Jahr unter dem Vorsitz eines seiner Mitglieder zusammen; dieser Ausschuss berichtet der deutsch-französischen Expertenkommission für das allgemein bildende Schulwesen über seine Tätigkeit.

Der Ausschuss wird gebildet aus

- einem Vertreter des Landes Baden-Württemberg,
- einem Vertreter des Saarlandes,
- einem Vertreter des für Erziehung zuständigen französischen Ministeriums.

Der Vorsitzende wird für jeweils ein Jahr bestimmt.

Les notes finales des disciplines facultatives du baccalauréat franco-allemand résultent:

- pour 1/3 de la moyenne arithmétique (calculée à la 1^{ère} décimale) des notes trimestrielles des classes de première et terminale;
- pour 2/3 des notes obtenues aux épreuves du baccalauréat franco-allemand.

Si dans le calcul de la note finale figure une décimale, celle-ci est arrondie au point inférieur si la décimale est inférieure à 5, au point supérieur si la décimale est égale ou supérieure à 5.

Pour présenter à l'examen les disciplines facultatives précitées, le candidat doit avoir suivi au cours des trois années du deuxième cycle, dans ces mêmes disciplines, un enseignement dispensé à raison d'au moins deux heures hebdomadaires – trois heures pour les langues – selon un programme agréé.

– IX –

Pour faciliter l'organisation des examens et favoriser la cohérence des enseignements dispensés dans les lycées franco-allemands, un comité de coordination composé de trois membres se réunit en tant que de besoin et au moins une fois par an sous la présidence de l'un de ses membres; ce comité rend compte de ses activités à la Commission franco-allemande des experts pour l'enseignement général.

Le comité est constitué de la façon suivante:

- un représentant du *Land* de Bade-Wurtemberg;
- un représentant du *Land* de Sarre;
- un représentant du ministère français chargé de l'éducation nationale.

Le président du comité est nommé pour un an.

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 29. April 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle
durch die Bundesrepublik Deutschland
über niederländischem Hoheitsgebiet
und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein
auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande
(Gesetz zu dem deutsch-niederländischen Vertrag
vom 29. April 2003 über den Flughafen Niederrhein)**

Vom 12. Dezember 2003

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 29. April 2003 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande und dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tag wird zugestimmt. Der Vertrag und das dazugehörige Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wird ermächtigt, Änderungen des Luftraumplans nach Artikel 1 Abs. 2 Satz 1 und Änderungen der Fluglärmzone nach Artikel 7 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages auf der Grundlage der Empfehlung der Gemeinsamen Luftverkehrskommission nach den Artikeln 9 und 15 Satz 2 durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
 - (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.
-

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 12. Dezember 2003

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Manfred Stolpe

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle
durch die Bundesrepublik Deutschland
über niederländischem Hoheitsgebiet und die Auswirkungen
des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein
auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande

Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de uitoefening van de luchtverkeersleiding
door de Bondsrepubliek Duitsland
boven Nederlands grondgebied alsmede de gevolgen
van het burgergebruik van Luchthaven Niederrhein
op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande –

Vertragsparteien des Abkommens über die Internationale Zivil-
luftfahrt, zur Unterzeichnung aufgelegt in Chicago am 7. Dezem-
ber 1944,

unter Beachtung der jeweiligen nationalen Luftverkehrsvor-
schriften,

in der Absicht, ihre zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf
dem Gebiet des Luftverkehrs weiter vertrauensvoll auszuweiten
und zu vertiefen,

im Interesse der Entwicklung der internationalen Luftfahrt und
der Abwehr von Gefahren für die Luftfahrt und die Allgemeinheit,

in dem Wunsch, die sichere Durchführung des internationalen
Flugbetriebs über die gemeinsamen nationalen Grenzen hinweg
im Interesse der Luftraumnutzer und ihrer Fluggäste zu erleich-
tern,

in dem Wunsch, Mensch, Natur und Umwelt in den Grenz-
regionen möglichst umfassend gegen ungewünschte Auswirkun-
gen des grenzüberschreitenden Luftverkehrs zu schützen,

im Hinblick auf die institutionelle Strategie der Europäischen
Zivilluftfahrtkonferenz (ECAC) für das Flugverkehrsmanagement
(ATM) in Europa und auf das Protokoll zur Neufassung des Inter-
nationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Siche-
rung der Luftfahrt „EUROCONTROL“, das am 27. Juni 1997 zur
Unterzeichnung aufgelegt wurde (revidiertes Übereinkommen) –

sind wie folgt übereingekommen:

I. Kapitel
Flugverkehrskontrolle

Artikel 1

Ausübung der Flugverkehrskontrolle

(1) Das Königreich der Niederlande gestattet der Bundesrepu-
blik Deutschland die Abwicklung des Luftverkehrs nach Maßga-

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden –

Partij zijnde bij het Verdrag inzake de internationale burger-
luchtvaart, opengesteld voor ondertekening te Chicago op 7
december 1944,

Met inachtneming van de toepasselijke nationale luchtver-
keers-voorschriften,

Voornemens hun bilaterale samenwerking op het gebied van
het luchtverkeer opnieuw vol vertrouwen uit te breiden en te
intensiveren,

Ten behoeve van de ontwikkeling van de internationale lucht-
vaart en het afwenden van gevaren voor de luchtvaart en de
gemeenschap,

Geleid door de wens de veilige afwikkeling van het internatio-
nale vliegverkeer over hun gemeenschappelijke landsgrenzen
heen ten behoeve van de gebruikers van het luchtruim en hun
passagiers te vergemakkelijken,

Geleid door de wens mens, natuur en milieu in de grensstreken
zo volledig mogelijk tegen de ongewenste gevolgen van het
grensoverschrijdende luchtverkeer te beschermen,

Gelet op de institutionele strategie van de Europese Conferen-
tie voor de Burgerluchtvaart ten behoeve van air traffic manage-
ment (ATM) in Europa en op het Protocol tot wijziging van het
Internationaal Verdrag tot samenwerking in het belang van de
veiligheid van de luchtvaart (Eurocontrol), dat op 27 juni 1997
werd opengesteld voor ondertekening (het herziene Verdrag);

Zijn het volgende overeengekomen:

Hoofdstuk I
Luchtverkeersleiding

Artikel 1

Uitoefening van luchtverkeersleiding

(1) Het Koninkrijk der Nederlanden verleent de Bondsrepubliek
Duitsland toestemming voor afwikkeling van het luchtverkeer

be des niederländischen Rechts und der besonderen Bestimmungen dieses Vertrages in einem Teil des niederländischen Luftraums. Die Bundesrepublik Deutschland führt die Flugverkehrskontrolle (Flugverkehrskontrolldienst, Fluginformationsdienst, Flugverkehrsberatungsdienst, Flugalarmdienst) im genannten Luftraum durch. Das Königreich der Niederlande erkennt die zu diesem Zweck von der Bundesrepublik Deutschland gemäß Satz 1 vorgenommenen Kontrollmaßnahmen zur Durchführung der Flugverkehrskontrolle an.

(2) Die Vertragsparteien legen die genauen vertikalen und lateralen Ausdehnungen innerhalb des in Absatz 1 Satz 1 genannten Luftraums nach der in Anlage 1 festgelegten Aufteilung des Luftraumes fest. Die Aufgaben nach Absatz 1 werden von einem durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragten Flugsicherungsunternehmen durchgeführt. Die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Vertrag bleiben davon unberührt.

(3) Die operationell notwendigen Einzelheiten werden zwischen den mit der Durchführung der Flugsicherung beauftragten Stellen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande im Rahmen von Letters of Agreement geregelt. Dies gilt auch hinsichtlich der An- und Abflugverfahren zum und vom Flughafen Niederrhein, soweit diese über niederländisches Hoheitsgebiet führen.

Artikel 2

Militärische Flüge

Flüge der niederländischen Luftwaffe und der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) müssen in den betroffenen Lufträumen jederzeit lagegerecht und mit dem vorgesehenen Vorrang durchgeführt werden können. Solche Flüge werden der Bundesrepublik Deutschland, wenn immer möglich, rechtzeitig bekannt gegeben.

Artikel 3

Haftung

(1) Verschulden die Stelle, die die Flugsicherung nach diesem Vertrag durchführt oder ihre Bediensteten Schäden an Personen, Sachen oder Rechten, die durch Einwirkung des Luftverkehrs im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande eingetreten sind, so haftet hierfür das Königreich der Niederlande nach Maßgabe der Vorschriften, nach denen sich seine Haftung für das eigene Flugsicherungsunternehmen bestimmt.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird dem Königreich der Niederlande alle erforderlichen Aufwendungen und alle Schäden ersetzen, die dem Königreich der Niederlande im Zusammenhang mit der Erledigung der Ansprüche gemäß Absatz 1 erwachsen.

(3) Den Geschädigten steht kein direkter Anspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland, die von ihr beauftragte Flugsicherungsstelle und deren Bedienstete zu.

(4) Das Königreich der Niederlande hat, wenn gegen es ein Anspruch aufgrund Absatz 1 geltend gemacht wird, die Bundesrepublik Deutschland unverzüglich in Kenntnis zu setzen und sie im Falle einer gerichtlichen Geltendmachung auch hierüber zu unterrichten.

(5) Das Königreich der Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland sind verpflichtet, sich gegenseitig die für die Bearbeitung des Schadensfalls sachdienlichen Informationen und Beweismittel zur Verfügung zu stellen.

(6) Im Falle der Inanspruchnahme des Königreichs der Niederlande gemäß Absatz 1 stehen der Bundesrepublik Deutschland die Mitwirkungsrechte nach Maßgabe des anwendbaren Prozessrechtes des Königreichs der Niederlande zu. Das Königreich der Niederlande wird der Bundesrepublik Deutschland vergleichbare Mitwirkungsrechte beim Abschluss oder der Ablehnung eines außergerichtlichen Vertrages einräumen.

met inachtneming van het Nederlandse recht en de bijzondere bepalingen van dit Verdrag in een deel van het Nederlandse luchtruim. De Bondsrepubliek Duitsland voert de luchtverkeersdienstverlening (luchtverkeersleiding, vluchtinformatieverstrekking, luchtverkeersadvisering, alarmeringsdienst) uit in genoemd luchtruim. Het Koninkrijk der Nederlanden stemt daartoe in met de door de Bondsrepubliek Duitsland op grond van de eerste volzin getroffen maatregelen voor de uitvoering van de luchtverkeersleiding.

(2) De Verdragsluitende Partijen leggen de precieze verticale en laterale uitbreidingen binnen het in het eerste lid, in de eerste volzin genoemde luchtruim vast in de in bijlage 1 opgenomen indeling van het luchtruim. De taken uit hoofde van het eerste lid worden door een door de regering van de Bondsrepubliek Duitsland aangewezen Air Traffic Service-instantie (verkeersleidingsdienst, ATS) uitgevoerd. Dit laat de verplichtingen van de Bondsrepubliek Duitsland uit hoofde van dit Verdrag onverlet.

(3) De benodigde operationele details worden tussen de met de uitvoering van ATS belaste autoriteiten van de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden geregeld in het kader van Letters of Agreement. Dit geldt ook voor de procedures inzake vluchten van en naar Luchthaven Niederrhein, voor zover deze voeren over Nederlands grondgebied.

Artikel 2

Militaire vluchten

Vluchten van de Nederlandse Luchtmacht en de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie (NAVO) moeten in de desbetreffende luchtruimen naar gelang de omstandigheden en volgens de voorrangsregels te allen tijde uitgevoerd kunnen worden. Wanneer mogelijk wordt de Bondsrepubliek Duitsland tijdig in kennis gesteld van dergelijke vluchten.

Artikel 3

Aansprakelijkheid

(1) Indien de instantie die belast is met de uitvoering van ATS, dan wel haar functionarissen, uit hoofde van dit Verdrag aansprakelijk zijn voor schade aan personen, zaken of rechten die als gevolg van het luchtverkeer op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden is ontstaan, is het Koninkrijk der Nederlanden hiervoor aansprakelijk met inachtneming van de voorschriften die zijn aansprakelijkheid voor de eigen ATS-instanties bepalen.

(2) De Bondsrepubliek Duitsland stelt het Koninkrijk der Nederlanden schadeloos voor alle noodzakelijke kosten en alle schade die het Koninkrijk der Nederlanden in verband met de afwikkeling van de vorderingen overeenkomstig het eerste lid maakt of lijdt.

(3) De gedupeerden kunnen geen directe vordering instellen tegen de Bondsrepubliek Duitsland, de door haar aangewezen ATS-instantie en de functionarissen ervan.

(4) Wanneer tegen het Koninkrijk der Nederlanden een vordering overeenkomstig het eerste lid wordt ingesteld, dient het de Bondsrepubliek Duitsland hiervan onverwijld in kennis te stellen en daartoe is zij eveneens verplicht in het geval van een gerechtelijke vordering.

(5) Het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland zijn verplicht elkaar relevante inlichtingen en bewijsmiddelen ter beschikking te stellen voor de behandeling van schadegevallen.

(6) Wanneer tegen het Koninkrijk der Nederlanden overeenkomstig het eerste lid een vordering wordt ingesteld, heeft de Bondsrepubliek Duitsland met in achtneming van het toepasselijke procesrecht van het Koninkrijk der Nederlanden het recht zich in de zaak te voegen. Het Koninkrijk der Nederlanden kent de Bondsrepubliek Duitsland bij het sluiten of afwijzen van een extra-judiciële overeenkomst vergelijkbare voegingsrechten toe.

(7) Das Königreich der Niederlande hat die Bundesrepublik Deutschland von der Erledigung des Anspruchs in Kenntnis zu setzen; Abschriften der Entscheidung, des Vergleiches oder der sonst zur Erledigung führenden Verfügungen sind beizufügen.

(8) Zur Entscheidung von Streitigkeiten über Ansprüche nach Absatz 1 sind ausschließlich die Gerichte des Königreichs der Niederlande zuständig.

Artikel 4

Amts- und Rechtshilfe

(1) Für die mit der Durchführung der Flugverkehrskontrolle über niederländischem Hoheitsgebiet verbundenen Arbeitsbereiche stellen die Vertragsparteien die gegenseitige und zeitige Gewährung sachdienlicher Informationen und Mitteilungen sicher und gewährleisten den regelmäßigen Austausch der Informationen zwischen den betroffenen Betriebsstellen der Vertragsparteien. Insbesondere verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich der Niederlande die Daten zur Verfügung zu stellen, die zur Aufklärung über den Luftverkehr, der niederländisches Hoheitsgebiet unter deutscher Flugverkehrskontrolle ohne Einschaltung der niederländischen für die Flugsicherung zuständigen Behörde überflogen hat, erforderlich sind.

(2) Die Bediensteten des von der Bundesrepublik Deutschland beauftragten Flugsicherungsunternehmens bleiben in dienstrechtlicher, insbesondere disziplinarrechtlicher, haftungsrechtlicher und strafrechtlicher Hinsicht den deutschen Vorschriften unterworfen.

(3) Die Bestimmungen über die Rechtshilfe in Strafsachen bleiben unberührt.

Artikel 5

Flugunfalluntersuchung

Die Bundesrepublik Deutschland stellt sicher, dass die für Flugunfalluntersuchungen zuständige niederländische Behörde über sämtliche Flugunfälle und Störungen nach Maßgabe der niederländischen Gesetzgebung unterrichtet wird, soweit sie über niederländischem Hoheitsgebiet festgestellt werden. Sie stellt die notwendigen Unterlagen zur Untersuchung bereit. Sie gestattet den Vertretern der zuständigen Behörde, ihre Räume zu betreten, Einsicht in die einschlägigen Unterlagen (Untersuchungsberichte, Radardatenaufzeichnungen, Tonbänder und so weiter) zu nehmen und überlässt sie im erforderlichen Umfang zur Auswertung für die dazu erforderliche Dauer. Der Bundesrepublik Deutschland ist Gelegenheit zu geben, Beobachter zur Untersuchung zu bezeichnen. Sie wird über die Ergebnisse der Untersuchung unterrichtet.

II. Kapitel

Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein auf niederländisches Hoheitsgebiet

Artikel 6

An- und Abflugverkehr zum und vom Flughafen Niederrhein

(1) Der An- und Abflugverkehr über niederländisches Hoheitsgebiet zum und vom Flughafen Niederrhein wird grundsätzlich nur für die Ortszeit von 06:00 Uhr bis 23:00 Uhr gestattet. Dies gilt nicht für

- a) Luftfahrzeuge, die sich in einer Notsituation befinden oder im Rahmen einer Rettungsaktion oder Hilfsaktion eingesetzt werden;
- b) Landungen von regelmäßigen Flügen zwischen 23:00 Uhr und 24:00 Uhr Ortszeit, die planmäßig vor 23:00 Uhr Ortszeit hätten ankommen sollen, sofern unerwartete Umstände mit

(7) Het Koninkrijk der Nederlanden zal de Bondsrepubliek Duitsland in kennis stellen van de afwikkeling van de vordering; de kennisgeving gaat vergezeld van afschriften van de uitspraak, schikking of andere beschikkingen die leiden tot afwikkeling.

(8) Uitsluitend de rechterlijke instanties van het Koninkrijk der Nederlanden zijn bevoegd te beslissen over geschillen inzake vorderingen uit hoofde van het eerste lid.

Artikel 4

Bijstand

(1) Ten behoeve van de met de uitvoering van luchtverkeersdienstverlening boven het Nederlandse grondgebied verbonden werkterreinen waarborgen de Verdragsluitende Partijen de wederzijdse en tijdige verstrekking van relevante inlichtingen en mededelingen alsmede de regelmatige uitwisseling van inlichtingen tussen de betrokken autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen. De Bondsrepubliek Duitsland verplicht zich in het bijzonder aan het Koninkrijk der Nederlanden de gegevens ter beschikking te stellen die nodig zijn als toelichting op het luchtverkeer dat onder de Duitse luchtverkeersleiding zonder inschakeling van de Nederlandse autoriteit die verantwoordelijk is voor ATS heeft plaatsgevonden boven het Nederlandse grondgebied.

(2) Op de functionarissen van de door de Bondsrepubliek Duitsland aangewezen ATS-instantie van de Bondsrepubliek Duitsland blijft de Duitse regelgeving inzake arbeidsrecht, in het bijzonder tuchtrecht, aansprakelijkheidsrecht en strafrecht, van toepassing.

(3) De bepalingen inzake rechtshulp in strafzaken blijven onverminderd van kracht.

Artikel 5

Vliegtuigongevalonderzoek

De Bondsrepubliek Duitsland verzekert dat de Nederlandse autoriteit die belast is met het onderzoeken van vliegtuigongevallen met inachtneming van de Nederlandse wetgeving ingelicht wordt over alle vliegtuigongevallen en storingen, voor zover zij zijn vastgesteld boven het Nederlandse grondgebied. De Bondsrepubliek Duitsland stelt de benodigde documenten ter beschikking voor het onderzoek. Zij staat vertegenwoordigers van de bevoegde autoriteit toe haar ruimten te betreden, de desbetreffende documenten (onderzoeksrapporten, geregistreerde radargegevens, geluidsbanden en dergelijke) in te zien en stelt ze voor zover en zo lang als nodig voor analyse ter beschikking. De Bondsrepubliek Duitsland wordt in de gelegenheid gesteld waarnemers voor het onderzoek aan te wijzen. Zij wordt in kennis gesteld van de uitkomsten van het onderzoek.

Hoofdstuk II

De gevolgen van het burgergebruik van de Luchthaven Niederrhein op het Nederlandse grondgebied

Artikel 6

Verkeer van en naar Luchthaven Niederrhein

(1) Luchtverkeer van en naar Luchthaven Niederrhein boven Nederlands grondgebied is in principe alleen in de periode van 06:00 uur tot 23:00 uur plaatselijke tijd toegestaan. Dit geldt niet voor:

- a) luchtvaartuigen die in nood verkeren of ten behoeve van reddingsacties of hulpverlening worden ingezet;
- b) het uitvoeren van landingen tussen 23:00 uur en 24:00 uur plaatselijke tijd van geregelde vluchten die volgens schema eerder dan 23:00 uur plaatselijke tijd hadden moeten arriveren.

verzögernder Wirkung eingetreten sind, die zum Zeitpunkt des Abflugs normalerweise nicht vorherzusehen waren;

- c) Starts von regelmäßigen Flügen zwischen 23:00 Uhr und 24:00 Uhr Ortszeit, die planmäßig vor 23:00 Uhr Ortszeit hätten abfliegen sollen, sofern

- technische Störungen des Luftfahrzeuges oder der luftfahrttechnischen Grundausstattung oder
- extreme meteorologische Verhältnisse gegeben sind, die eine Verzögerung des planmäßigen Starts rechtfertigen.

(2) Die in Absatz 1 Buchstaben a, b und c aufgeführten Flüge werden ausnahmslos der Fluglärmkommission gemäß Artikel 7 Absatz 3 zur Kenntnis gebracht.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen der nach deutschem Recht bestehenden Möglichkeiten durch geeignete Maßnahmen dafür sorgen, dass geschlossene Siedlungen im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande in geringer als der flugbetrieblich erforderlichen Höhe nicht überflogen werden und dass der Betrieb von Verkehrsanlagen und Verkehrsmitteln durch Luftfahrzeuge nicht beeinträchtigt wird.

(4) Platzrundenflüge nach Sichtflugregeln und Übungsflüge über niederländischem Hoheitsgebiet sind nicht gestattet.

Artikel 7

Umwelt- und Sicherheitsangelegenheiten, Bau- und Betriebsverfahren

(1) Grenzüberschreitende Umweltauswirkungen und Sicherheitsrisiken durch den Betrieb des Flughafens werden entsprechend den im Königreich der Niederlande geltenden Berechnungsmethoden ermittelt und nach dem niederländischen Recht beurteilt. Die in Anlage 2 zu diesem Vertrag aufgenommene Fluglärmzone (mit 35 und 40 Kosteneinheiten) darf beim Betrieb des Flughafens Niederrhein nur im Einvernehmen beider Vertragsparteien überschritten werden.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland trifft in Bezug auf den Betreiber des Flughafens Niederrhein derartige Maßnahmen, dass bei der Nutzung des Flughafens keine grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen und Sicherheitsrisiken auftreten, die die Vorschriften im Sinne des ersten Absatzes überschreiten würden.

(3) Für den Flughafen Niederrhein wird eine Fluglärmkommission nach § 32b des Luftverkehrsgesetzes vom 27. März 1999 (Bundesgesetzblatt I, Seite 550) mit mindestens einem Vertreter der niederländischen Grenzregion gebildet.

(4) Änderungen an Anlage oder Betrieb des Flughafens Niederrhein, die eine Erhöhung der Umweltauswirkungen oder der Sicherheitsrisiken zur Folge haben, werden nach den deutschen Verfahrensvorschriften und den einschlägigen Regelungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts behandelt, wobei die im Königreich der Niederlande ansässigen betroffenen natürlichen und juristischen Personen die gleichen Verfahrensrechte haben wie die in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen natürlichen und juristischen Personen. Führt eine Änderung zum Überschreiten der in Absatz 1 genannten Fluglärmzonen, erfolgt im Einvernehmen beider Vertragsparteien die Festsetzung einer neuen Fluglärmzone. Hierzu wird ein Umweltverträglichkeitsverfahren durchgeführt. Die notwendigen Untersuchungen sind nach Vorgaben der niederländischen Behörden im Auftrag des Flughafenbetreibers durchzuführen.

(5) Für den Flughafen Niederrhein ist von der Flughafen Niederrhein GmbH ein Alarmplan zu erstellen. Dieser wird mit den verantwortlichen Behörden abgestimmt. Die zuständigen örtlichen Behörden unterstützen sich gegenseitig. Der Alarmplan soll auch gemeinsame Alarmübungen regeln.

(6) Die Anordnung und die Genehmigung von Einzelmaßnahmen, insbesondere über die Anbringung und die Unterhaltung von Hinderniskennzeichnungen, ergehen durch die örtlich

en, voor zover sprake is van onverwachte vertragende omstandigheden, die op het moment van vertrek redelijkerwijs niet voorzien hadden kunnen worden;

- c) het uitvoeren van starts tussen 23:00 uur en 24:00 uur plaatselijke tijd van geregelde vluchten die volgens schema eerder dan 23:00 uur plaatselijke tijd hadden moeten vertrekken, voor zover sprake is van:

- een technische storing van het luchtvaartuig, dan wel van de luchtvaarttechnische gronduitrusting of
- extreme meteorologische omstandigheden, die een vertraging van de start volgens dat schema rechtvaardigen.

(2) De in het eerste lid onder a, b of c bedoelde vluchten worden zonder uitzondering gemeld aan de Geluidscommissie bedoeld in artikel 7, derde lid.

(3) De Bondsrepubliek Duitsland zal binnen de mogelijkheden van het Duitse recht door geëigende maatregelen er voor zorgen dat er boven aaneengesloten woonbebouwing op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden niet lager gevlogen wordt dan om vliegtechnische redenen noodzakelijk is en dat het gebruik van verkeersinstallaties en verkeersmiddelen niet gestoord wordt door vliegtuigen.

(4) Zichtvliegcircuits en oefenvluchten zijn niet toegestaan boven Nederlands grondgebied.

Artikel 7

Milieu- en veiligheidszaken, bouw- en exploitatieprocedures

(1) Grensoverschrijdende gevolgen voor milieu en veiligheid samenhangend met het gebruik van Luchthaven Niederrhein worden volgens de in het Koninkrijk der Nederlanden geldende berekeningsmethoden vastgesteld en naar Nederlands recht beoordeeld. De in de bijlage 2 bij dit Verdrag opgenomen geluidszone (met 35 en 40 KE) mag door het gebruik van Luchthaven Niederrhein niet overschreden worden dan met wederzijds goedvinden van de Verdragsluitende Partijen.

(2) De Bondsrepubliek Duitsland treft ten aanzien van de exploitant van Luchthaven Niederrhein zodanige maatregelen dat bij het gebruik van de luchthaven geen grensoverschrijdende gevolgen voor milieu en veiligheid optreden waarmee de in het eerste lid bedoelde voorschriften worden overschreden.

(3) Voor Luchthaven Niederrhein wordt een Geluidscommissie ex § 32b van het Luftverkehrsgesetz van 27 maart 1999 (Bundesgesetzblatt I, pagina 550) ingesteld met ten minste een vertegenwoordiger van de Nederlandse grensregio.

(4) Veranderingen in de inrichting of exploitatie van Luchthaven Niederrhein die een toename van de milieugevolgen of de veiligheidsrisico's tot gevolg hebben, worden behandeld naar Duitse procedurele voorschriften en de desbetreffende regelingen van het Europese recht, waarbij in het Koninkrijk der Nederlanden ingezeten natuurlijke personen en rechtspersonen dezelfde procedurele rechten hebben als natuurlijke personen en rechtspersonen die ingezetenen zijn van de Bondsrepubliek Duitsland. Ingeval een dergelijke verandering zal leiden tot het overschrijden van de in het eerste lid bedoelde geluidszone zal hiervoor met wederzijds goedvinden van de Verdragsluitende Partijen een nieuwe geluidszone worden vastgesteld. Hiervoor zal de procedure van de milieueffectrapportage worden doorlopen. De benodigde onderzoeken worden naar opgave van de Nederlandse autoriteiten uitgevoerd in opdracht van de luchthavenexploitant.

(5) Flughafen Niederrhein GmbH zal voor Luchthaven Niederrhein een rampenplan opstellen. Dit vindt plaats in overleg met de verantwoordelijke autoriteiten. De bevoegde lokale autoriteiten verlenen elkaar bijstand. Het rampenplan voorziet ook in gemeenschappelijke rampenoefeningen.

(6) Het gelasten en goedkeuren van afzonderlijke maatregelen, in het bijzonder betreffende plaatsing en onderhoud van obstakelmarkeringen, verloopt via de lokaal bevoegde luchtvaartauto-

zuständigen Luftfahrtbehörden nach unmittelbarer Kontaktaufnahme mit der zuständigen Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei. Das Königreich der Niederlande regelt die Einhaltung der Hindernisfreiheit nach den ICAO-Vorschriften für den zivilen Flugbetrieb auf seinem Hoheitsgebiet.

III. Kapitel Übrige Bestimmungen

Artikel 8

Schutz personenbezogener Daten

(1) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständige Stelle übermittelt werden. Die Verwendung der auf Grund dieses Vertrages übermittelten Daten ist nur für den im Vertrag bezeichneten Zweck, der Flugverkehrskontrolle, für den die Daten übermittelt worden sind, und zu den durch die übermittelnde Stelle im Einzelfall vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die weitere Übermittlung an andere Stellen und die Verwendung für andere Zwecke dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen. Die Verwendung personenbezogener Daten ist darüber hinaus zulässig:

- a) für Zwecke, für die die Daten ebenfalls nach diesem Vertrag übermittelt werden dürfen,
- b) zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie
- c) zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf ihr Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse. Im Übrigen gelten für jede Vertragspartei die jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

(2) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

(3) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

(4) Wird jemand infolge der Datenübermittlung nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

(5) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist die übermit-

teiten nadat rechtstreeks contact is opgenomen met de bevoegde luchtvaartautoriteit van de andere Verdragsluitende Partij. Het Koninkrijk der Nederlanden ziet erop toe dat de obstakelvrijheid volgens de ICAO-voorschriften voor de burgerluchtvaart op zijn grondgebied wordt geëerbiedigd.

Hoofdstuk III Overige bepalingen

Artikel 8

Bescherming van persoonsgegevens

(1) Persoonsgegevens mogen alleen aan de bevoegde instantie worden doorgegeven. Het gebruik van de op grond van dit Verdrag verstrekte gegevens is alleen toegestaan voor het in dit Verdrag omschreven doel waarvoor de gegevens zijn verstrekt, c.q. luchtverkeersleiding, en alleen onder de door de instantie die ze heeft verstrekt voor het desbetreffende geval vooraf gestelde voorwaarden. Persoonsgegevens mogen vervolgens alleen aan andere instanties worden doorgegeven en voor andere doeleinden worden gebruikt met voorafgaande toestemming van de instantie die ze heeft doorgegeven. Verstrekking van persoonsgegevens is voorts toegestaan:

- a. voor doeleinden waarvoor de gegevens eveneens overeenkomstig dit Verdrag mogen worden doorgegeven,
- b. ter voorkoming en vervolging van ernstige strafbare feiten, alsmede
- c. ter bestrijding van grote gevaren voor de openbare veiligheid.

De ontvanger stelt de instantie die de gegevens verstrekt op haar verzoek in kennis van het gebruik van de verstrekte gegevens en de daarmee bereikte resultaten. Voor het overige gelden voor elke Verdragsluitende Partij de desbetreffende nationale rechtsvoorschriften.

(2) De instantie die de gegevens verstrekt is verplicht de juistheid van de te verstrekken gegevens te controleren en te letten op de noodzaak en de evenredigheid met betrekking tot het met de verstrekking beoogde doel. Daarbij worden de naar het desbetreffende nationale recht geldende verboden tot het verstrekken van gegevens geëerbiedigd. Indien blijkt dat onjuiste gegevens of gegevens die niet hadden mogen worden verstrekt doorgegeven zijn, wordt de ontvanger hiervan onverwijld in kennis gesteld. De ontvanger is alsdan verplicht onverwijld de gegevens te corrigeren of te vernietigen.

(3) De betrokken persoon wordt op verzoek over de met betrekking tot zijn persoon verstrekte gegevens alsmede over het beoogde doel ervan ingelicht. Er bestaat geen verplichting tot het verstrekken van gegevens, indien bij afweging blijkt dat het algemeen belang van de gegevens niet te verstreken zwaarder weegt dan het belang van de betrokkene bij het ontvangen van deze gegevens. Voor het overige richt het recht van de betrokkene over de met betrekking tot zijn persoon aanwezige gegevens te worden ingelicht zich naar het nationale recht van de Verdragsluitende Partij op het grondgebied waarvan om gegevens wordt verzocht.

(4) Indien iemand als gevolg van het verstrekken van gegevens uit hoofde van dit Verdrag in strijd met de wet wordt benadeeld, is de ontvangende instantie met inachtneming van haar nationale recht jegens hem aansprakelijk. Deze instantie kan zich er ten aanzien van de benadeelde niet te harer ontlasting op beroepen dat de schade door de verstrekende instantie is veroorzaakt. Indien de ontvangende instantie schadevergoeding betaalt vanwege schade die is veroorzaakt door de toepassing van onjuist verstrekte gegevens, vergoedt de verstrekende instantie het volledige bedrag van de betaalde vergoeding.

(5) Indien het voor de verstrekende instantie geldende nationale recht met betrekking tot de verstrekte persoonsgegevens voorziet in bijzondere voorschriften inzake vernietiging, dan stelt

telnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten unverzüglich zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

(6) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

(7) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 9

Gemeinsame Luftverkehrskommission

(1) Die Vertragsparteien bilden eine Gemeinsame Luftverkehrskommission, die in regelmäßigen Abständen, mindestens einmal jährlich, zusammentritt. Auf Antrag einer Vertragspartei wird die Gemeinsame Luftverkehrskommission auch außerordentlich einberufen. Die Gemeinsame Luftverkehrskommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Jede Vertragspartei bestellt drei Mitglieder, die weitere Sachverständige hinzuziehen können.

(3) Die Gemeinsame Luftverkehrskommission behandelt jede Frage, die sich aus der Auslegung und der Anwendung dieses Vertrages ergibt. Sie begleitet die Umsetzung und die Einhaltung der Bestimmungen des Vertrages und nimmt insbesondere die ihr nach diesem Vertrag zugewiesenen Aufgaben wahr.

Artikel 10

Konsultationen

(1) Zur Erörterung von Änderungen dieses Vertrages kann eine Vertragspartei, nachdem sich die Gemeinsame Luftverkehrskommission nach Artikel 9 damit befasst hat, jederzeit eine Konsultation verlangen. Das gilt auch für Erörterungen über die Auslegung und die Anwendung des Vertrages, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 9 dieses Vertrages kein zufrieden stellendes Ergebnis erbracht hat. Die Konsultation beginnt binnen 30 Tagen nach Eingang des Verlangens bei der jeweils anderen Vertragspartei.

(2) Eine Konsultation kann auf Verlangen einer Vertragspartei auch dann einberufen werden, wenn die Genehmigung des Flughafens Niederrhein geändert oder ergänzt werden soll, sofern dadurch die Belange von Raumplanung, Landesplanung und Fluglärm betroffen sein können. Die Bundesrepublik Deutschland wird in diesen Fällen die niederländischen Erfordernisse, insbesondere die Erfordernisse der Raumordnung, der Landesplanung, des Städtebaues und des Schutzes gegen Fluglärm berücksichtigen. Werden durch eine solche Änderung oder Ergänzung Maßnahmen im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande notwendig, so trifft die zuständige niederländische Behörde die nach niederländischem Recht erforderlichen Maßnahmen, soweit das Königreich der Niederlande Einwendungen gegen die Änderung oder die Ergänzung nicht erhoben hat.

(3) Die Vertragsparteien kommen dahin überein, dass auf Wunsch einer Vertragspartei über die Öffnung des niederländischen Luftraums in den Randstunden zwischen 05:00 Uhr und 06:00 Uhr beziehungsweise 23:00 Uhr und 24:00 Uhr, also über die in Artikel 6 Absatz 1 festgelegten Zeiten hinaus, erstmalig 2 Jahre nach Abschluss dieses Vertrages erneut beraten wird.

Artikel 11

Streitbeilegung

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung und die Anwendung dieses Vertrages, die nicht nach den Bestimmungen der Artikel 9 und 10 beigelegt werden kann, wird auf Verlangen einer Vertragspartei einer Schiedskommission zur Schlichtung vorgelegt.

de verstrekkende instantie de ontvanger daarvan op de hoogte. Ongeacht deze termijnen worden de verstrekte gegevens gewist zodra zij niet meer nodig zijn voor het doel waarvoor zij zijn verstrekt.

(6) De verstrekkende en ontvangende instantie zijn verplicht het verzenden en ontvangen van persoonsgegevens te registreren.

(7) De verzendende en ontvangende instantie zijn verplicht de verstrekte gegevens doeltreffend te beschermen tegen toegang, wijziging en bekendmaking door daartoe onbevoegden.

Artikel 9

Gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie

(1) De Verdragsluitende Partijen vormen een gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie die regelmatig en ten minste eenmaal per jaar bijeenkomt. Op verzoek van een Verdragsluitende Partij vinden ook buitengewone bijeenkomsten van de gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie plaats. De gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie stelt een huishoudelijk reglement op.

(2) Elke Verdragsluitende Partij benoemt drie leden die zich kunnen doen bijstaan door derdedeskundigen.

(3) De gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie behandelt iedere kwestie die voortvloeit uit de uitlegging en toepassing van dit Verdrag. Zij ziet toe op de implementatie en naleving van de bepalingen van dit Verdrag en vervult in het bijzonder de haar uit hoofde van dit Verdrag toegewezen taken.

Artikel 10

Consultatie

(1) Elke Verdragsluitende Partij kan te allen tijde verzoeken om overleg teneinde wijzigingen van dit Verdrag te bespreken, nadat de gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie bedoeld in artikel 9 deze heeft besproken. Dit geldt ook voor besprekingen over de uitlegging en toepassing van dit Verdrag, indien een overleg overeenkomstig artikel 9 naar het oordeel van een Verdragsluitende Partij niet tot een bevredigend resultaat heeft geleid. Het overleg begint binnen 30 dagen na ontvangst van het verzoek door de andere Verdragsluitende Partij.

(2) Een vergadering kan op verzoek van een Verdragsluitende Partij ook worden bijeengeroepen wanneer de vergunning voor Luchthaven Niederrhein gewijzigd of aangevuld dient te worden, gevolgen kan hebben voor de ruimtelijke ordening, streekplannen en geluidsoverlast. De Bondsrepubliek Duitsland zal in deze gevallen rekening houden met de Nederlandse eisen, met name ten aanzien van ruimtelijke ordening, streekplannen, stedenbouw en de bescherming tegen geluidsoverlast. Indien door een dergelijke wijziging of aanvulling maatregelen op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden nodig zijn, treft de bevoegde Nederlandse autoriteit de volgens Nederlands recht noodzakelijke maatregelen, indien het Koninkrijk der Nederlanden geen bezwaar heeft aangetekend tegen de wijziging of aanvulling.

(3) De Verdragsluitende Partijen komen overeen dat op verzoek van een Verdragspartij inzake de openstelling van het Nederlandse luchtruim in de randuren tussen 05:00 en 06:00 en tussen 23:00 en 24:00, dus buiten de in artikel 6, eerste lid, vastgestelde tijden, twee jaar na het sluiten van dit Verdrag voor de eerste maal opnieuw zal worden overlegd.

Artikel 11

Oplossing van geschillen

(1) Elk geschil over de uitlegging en toepassing van dit Verdrag dat niet middels het bepaalde in de artikelen 9 en 10 kan worden opgelost, wordt op verzoek van een Verdragsluitende Partij ter beslechting voorgelegd aan een arbitragecommissie.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so nimmt dessen Vertreter die Ernennungen vor. Besitzt auch der Vertreter die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so nimmt sein Vertreter die Ernennung vor.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund bestehender Verträge und des Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend und von den Vertragsparteien zu befolgen. Jede Vertragspartei trägt die Kosten des von ihr bestellten Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 12

Suspendierung

(1) Jede der Vertragsparteien kann die Wirkung dieses Vertrages suspendieren, wenn feststeht, dass die andere Vertragspartei ihre Pflichten nach Artikel 1, 6, 7 und 8 in grober Weise verletzt, so dass dadurch eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erfolgt und korrigierende Maßnahmen nicht innerhalb von 15 Tagen nach diesbezüglicher Notifizierung erfolgt sind.

(2) Das Königreich der Niederlande ist im Vorfeld der Feststellung eines Krisen- oder Kriegsfall es berechtigt, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Flugverkehrskontrolle über niederländischem Hoheitsgebiet durch eine deutsche Stelle stehenden Wirkungen dieses Vertrages zu suspendieren.

(3) Die Anordnung und Aufhebung der Suspendierung erfolgen jeweils auf diplomatischem Wege.

Artikel 13

Geltungsdauer und Kündigung

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. In diesem Fall tritt der Vertrag zwölf Monate nach Eingang der Mitteilung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft, sofern nicht die Kündigung vor Ablauf dieser Zeit durch Vereinbarung zurückgenommen wird.

Artikel 14

Bestehende Vertragsverhältnisse

Durch diesen Vertrag werden die bestehenden Vertragsverhältnisse über den Verlauf der Staatsgrenze, die Betriebsvereinbarungen zwischen den zuständigen Flugsicherungsstellen sowie Maßnahmen zum Schutz gegen Fluglärm und die Rechte der Vertragsparteien in Bezug auf die Errichtung und den Betrieb von Radio- und Telekommunikationssendern nicht berührt. Die beiden Vertragsparteien werden dafür Sorge tragen, dass durch diese Radio- und Telekommunikationssender der Betrieb der für die Flugplätze erforderlichen Flugsicherungsanlagen nicht gestört wird.

(2) Het scheidsgerecht wordt per geval in het leven geroepen, doordat iedere Verdragsluitende Partij een lid benoemt en beide leden overeenstemming bereiken over een onderdaan van een derde staat als voorzitter, die door de regeringen van de Verdragsluitende Partijen wordt benoemd. De leden worden binnen twee maanden benoemd en de voorzitter binnen drie maanden, nadat de ene Verdragsluitende Partij de andere heeft medegedeeld dat zij het geschil wenst voor te leggen aan een scheidsgerecht.

(3) Indien de in het tweede lid genoemde termijnen niet in acht worden genomen, kan bij gebrek aan een andere wijze van overeenstemming elke Verdragsluitende Partij de President van het Internationaal Gerechtshof te Den Haag verzoeken de nodige benoemingen te verrichten. Indien de President onderdaan is van een van de Verdragsluitende Partijen of indien hij om andere redenen verhindert is, verricht zijn vervanger de benoemingen. Indien ook de vervanger onderdaan is van een van de Verdragsluitende Partijen, of eveneens verhindert is, verricht diens vervanger de benoemingen.

(4) Het scheidsgerecht beslist met meerderheid van stemmen op grond van bestaande verdragen en het volkenrecht. Zijn beslissingen zijn bindend en worden door de Verdragsluitende Partijen geëerbiedigd. Elke Verdragsluitende Partij draagt de kosten van de door haar benoemde scheidsman alsmede van haar vertegenwoordiging in de procedure voor het scheidsgerecht; de kosten van de voorzitter alsmede de overige kosten worden door de Verdragsluitende Partijen gelijkelijk gedragen. Voor het overige stelt het scheidsgerecht zijn eigen procedureregels vast.

Artikel 12

Opschorting

(1) Elk van de Verdragsluitende Partijen kan de werking van dit Verdrag opschorten, wanneer vaststaat dat de andere Verdragsluitende Partij haar verplichtingen uit hoofde van de artikelen 1, 6, 7 en 8 op grove wijze verzaakt, waardoor onmiddellijk gevaar voor de openbare orde en veiligheid ontstaat en binnen 15 dagen na de kennisgeving daaromtrent geen corrigerende maatregelen zijn getroffen.

(2) Het Koninkrijk der Nederlanden heeft het recht voorafgaand aan de vaststelling van een crisis- of oorlogssituatie de gevolgen van dit Verdrag in verband met de uitvoering van de luchtverkeersleiding boven Nederlands grondgebied door een Duitse autoriteit op te schorten.

(3) De opschorting en opheffing daarvan geschieden langs diplomatieke weg.

Artikel 13

Geldigheidsduur en opzegging

Dit Verdrag wordt gesloten voor onbepaalde tijd. Elke Verdragsluitende Partij kan het langs diplomatieke weg schriftelijk opzeggen. In dat geval treedt het Verdrag twaalf maanden na ontvangst van de kennisgeving door de andere Verdragsluitende Partij buiten werking, indien de opzegging niet voor het verstrijken van deze termijn bij overeenkomst wordt herroepen.

Artikel 14

Bestaande verdragsverhoudingen

Dit Verdrag laat bestaande verdragsverhoudingen inzake het verloop van de staatsgrenzen, de exploitatieovereenkomsten tussen de bevoegde ATS-instanties alsmede maatregelen tegen geluidsoverlast en de rechten van de Verdragsluitende Partijen met betrekking tot het plaatsen en functioneren van radio- en telecommunicatiezenders onverlet. Beide Verdragsluitende Partijen zien erop toe dat door deze radio- en telecommunicatiezenders het functioneren van de voor de luchthaven noodzakelijke navigatie-installaties ten behoeve van de luchtverkeersleiding niet wordt verstoord.

Artikel 15**Vereinbarungen über die Einteilung
von Luftraum und Fluglärmszone**

Anlage 1 zur Luftraumplanung und Anlage 2 zu den Fluglärmszonen sind Bestandteil des Vertrages. Änderungen dazu werden durch die Gemeinsame Luftverkehrskommission nach Artikel 9 empfohlen und treten an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Artikel 16**Ratifikation, Inkrafttreten, vorläufige Anwendung**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Den Haag ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag wird mit Wirkung vom 1. Mai 2003 vorläufig angewendet. Die vorläufige Anwendung wird beendet, wenn eine der Vertragsparteien ihre Absicht erklärt, nicht Vertragspartei zu werden.

Geschehen zu Berlin am 29. April 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 15**Afspraken aangaande
luchtruimindeling en geluidszone**

Bijlage 1 aangaande de indeling van het luchtruim en bijlage 2 aangaande de geluidszone zijn onderdeel van het Verdrag. De in artikel 9 bedoelde gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie doet aanbevelingen voor wijzigingen daarvan die in werking treden op de dag waarop de Verdragsluitende Partijen elkaar hebben meegedeeld dat voldaan is aan de hiervoor geldende nationale voorschriften. Doorslaggevend hierbij is de datum van ontvangst van de laatste mededeling.

Artikel 16**Bekrachtiging,
inwerkingtreding en voorlopige toepassing**

(1) Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd. De akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk te Berlijn uitgewisseld.

(2) Dit Verdrag treedt op de eerste dag van de tweede maand na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging in werking.

(3) Dit Verdrag wordt met ingang van 1 mei 2003 voorlopig toegepast. De voorlopige toepassing wordt beëindigd indien een van de Verdragsluitende Partijen te kennen geeft geen Partij te willen worden.

Gedaan te Berlijn, op 29 april 2003, in twee oorspronkelijke exemplaren, in de Duitse en de Nederlandse taal, beide teksten zijnde gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

Peter Ammon
Ralf Nagel

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden

E. V. Sjerp

Anlage 1
zu Artikel 1 Absatz 2 des Vertrages
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle
durch die Bundesrepublik Deutschland
über niederländischem Hoheitsgebiet
und die Auswirkungen
des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein
auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande

Luftraumplan

Bijlage I
bij artikel 1, tweede lid, van het Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de uitoefening van de luchtverkeersleiding
door de Bondsrepubliek Duitsland
boven Nederlands grondgebied alsmede de gevolgen
van het burgergebruik van luchthaven Niederrhein
op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden

Luchtruimindeling

Darstellung der Lufträume über niederländischem Hoheitsgebiet, in denen die Durchführung der Flugverkehrskontrolle der Bundesrepublik Deutschland gestattet wird:

Romin Area:

51 14 46 N 06 04 48 E – 51 15 10 N 05 57 00 E – 51 05 13 N 06 00 23 E entlang der deutsch-niederländischen Grenze bis 51 14 46 N 06 04 48 E

Luftraum E: Untere Begrenzung 2 500 Fuß AMSL
Obere Begrenzung Flugfläche 195

Venlo Area 1:

51 24 00 N 06 13 00 E – 51 20 00 N 06 02 09 E – 51 15 10 N 05 57 00 E – 51 14 46 N 06 04 48 E entlang der deutsch-niederländischen Grenze bis 51 24 00 N 06 13 00 E

Luftraum E: Untere Begrenzung 1 500 Fuß AMSL
Obere Begrenzung Flugfläche 065*)

Luftraum B: Untere Begrenzung Flugfläche 065*)
Obere Begrenzung Flugfläche 195

Venlo Area 2:

51 42 09 N 06 02 09 E – 51 20 00 N 06 02 09 E – 51 24 00 N 06 13 00 E entlang der deutsch-niederländischen Grenze bis 51 42 09 N 06 02 09 E

Luftraum E: Untere Begrenzung 3 000 Fuß AMSL
Obere Begrenzung Flugfläche 065*)

Luftraum B: Untere Begrenzung Flugfläche 065*)
Obere Begrenzung Flugfläche 195

Beschrijving van de luchtruimen boven Nederlands grondgebied waarin de uitvoering van de luchtverkeersleiding door de Bondsrepubliek Duitsland is toegestaan:

Niederrhein CTR

51 33 15 N 06 10 20 E – 51 33 22 N 06 01 09 E cirkelsegment met als middelpunt 51 31 05 N 05 51 22 E en een straal van 6,5 NM rechte lijn 51 36 44 N 05 56 34 E – 51 39 28 N 05 56 41 E – 51 39 05 N 06 07 00 E langs de Duits-Nederlandse grens naar 51 33 15 N 06 10 20 E

luchtruim C: onderbegrenzing GND
bovenbegrenzing 2 600 ft AMSL.

Romin Area:

51 14 46 N 06 04 48 E – 51 15 10 N 05 57 00 E – 51 05 13 N 06 00 23 E langs de Duits-Nederlandse grens tot 51 14 46 N 06 04 48 E

luchtruim E: onderbegrenzing 2 500 ft AMSL
bovenbegrenzing flight level 195

Venlo Area 1:

51 24 00 N 06 13 00 E – 51 20 00 N 06 02 09 E – 51 15 10 N 05 57 00 E – 51 14 46 N 06 04 48 E langs de Duits-Nederlandse grens tot 51 24 00 N 06 13 00 E

luchtruim E: onderbegrenzing 1 500 ft AMSL
bovenbegrenzing flight level 065*)

luchtruim B: onderbegrenzing flight level 065*)
bovenbegrenzing flight level 190

*) An Wochenenden (Freitag 17:00 Uhr Ortszeit bis einschließlich Sonntag 24:00 Uhr) und an gesetzlichen Feiertagen in den Niederlanden: Flugfläche 095

*) gedurende weekend (van vrijdag 17:00 LT tot en met zondag 24:00 LT) en tijdens officiële feestdagen: flight level 095

Arkon Area:

52 07 10 N 06 48 28 E – 51 53 45 N 06 36 30 E entlang der deutsch-niederländischen Grenze bis 52 07 10 N 06 48 28 E

Luftraum A: Untere Begrenzung Flugfläche 75

Obere Begrenzung Flugfläche 205

Niederrhein Kontrollzone (Control Zone/CTR)

51 33 15 N 06 10 20 E – 51 33 22 N 06 01 09 E Zirkelsegment mit Mittelpunkt 51 31 05 N 05 51 22 E und ein Radius von 6,5 NM

Gerade Linie von 51 36 44 N 05 56 34 E – 51 39 28 N 05 56 41 E via 51 39 05 N 06 07 00 E entlang der deutsch-niederländischen Grenze bis 51 33 15 N 06 10 20 E

Luftraum C: Untere Begrenzung GND

Obere Begrenzung 2 600 Fuß AMSL

Venlo Area 2:

51 42 09 N 06 02 09 E – 51 20 00 N 06 02 09 E – 51 24 00 N 06 13 00 E langs de Duits-Nederlandse grens tot 51 42 09 N 06 02 09 E

luchtruim E: onderbegrenzing 3 000 ft AMSL

bovenbegrenzing flight level 065*)

luchtruim B: onderbegrenzing flight level 065*)

bovenbegrenzing flight level 195

Arkon Area

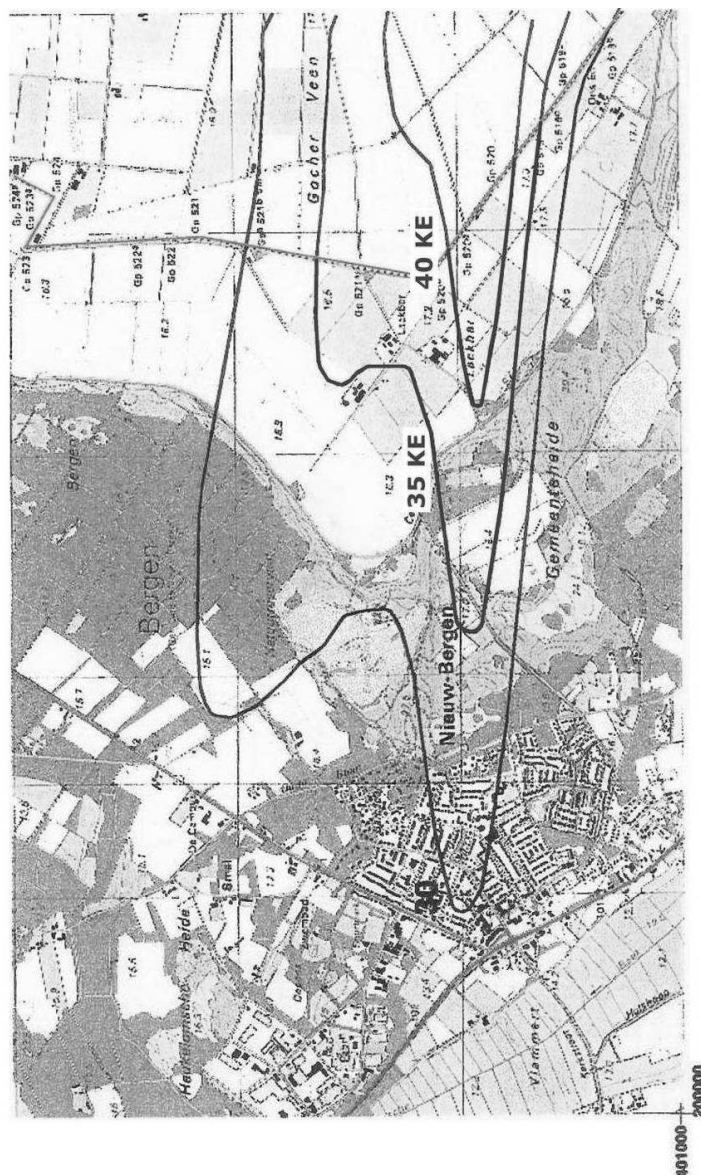
52 07 10 N 06 48 28 E – 51 53 45 N 06 36 30 E langs de Duits-Nederlandse grens tot 52 07 10 N 06 48 28 E

luchtruim A: onderbegrenzing flight level 75

bovenbegrenzing flight level 205

Anlage 2
zu Artikel 7 Absatz 1 des Vertrages
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande
über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle
durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet
und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein
auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande

Bijlage 2
bij artikel 7, eerste lid, van het Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de uitoefening van de luchtverkeersleiding
door de Bondsrepubliek Duitsland boven Nederlands grondgebied
alsmede de gevolgen van het burgergebruik van luchthaven Niederrhein
op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden



Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande
über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle
durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet
und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein
auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande

Protocol
bij het Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de uitoefening van de luchtverkeersleiding
door de Bondsrepubliek Duitsland boven Nederlands grondgebied
alsmede de gevolgen van het burgergebruik van Luchthaven Niederrhein
op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden

Vertragsbezogene Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zu Artikel 16 Absatz 3 Satz 1 des Staatsvertrags und Einvernehmliche Erklärung zum Umweltschutz

1. Vertragsbezogene Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zu Artikel 16 Absatz 3 Satz 1 des Staatsvertrags
 - a) Aus verfassungsrechtlichen Gründen kann die Bundesregierung die vorläufige Anwendung dieses Vertrages nur vorbehaltlich der Kompetenzen des innerstaatlichen Gesetzgebers völkervertraglich begründen.
 - b) Die Bundesregierung erklärt, dass sie auch nach der bestehenden Gesetzeslage in der Zeit bis zum Inkrafttreten des Vertrages die ihr in dem Vertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllen wird.
 - c) Die Bundesregierung leitet ein beschleunigtes Ratifizierungsverfahren ein.
2. Erklärung zum Umweltschutz

Um dem Anliegen des Königreichs der Niederlande, dem Umwelt-, Anwohner- und Naturschutz in der betroffenen Region im Zusammenhang mit der Aufnahme des Flugbetriebes am Flughafen Niederrhein hohe Priorität einzuräumen, vereinbarten die Delegationsleiter am 17. Februar 2003 die als Anlage 1 beigefügte Einvernehmliche Erklärung zum Umweltschutz. Damit wurde dem Wunsche nach Beachtung aller diesbezüglichen Rechtsakte Rechnung getragen.

Verdragsgerelateerde verklaring van de Bondsrepubliek Duitsland inzake artikel 16, derde lid, eerste volzin, van het Verdrag en gezamenlijke verklaring inzake milieubescherming

1. Verdragsgerelateerde verklaring van Duitsland bij artikel 16, derde lid, eerste volzin, van het Verdrag
 - a. Op constitutionele gronden kan de Bondsregering dit Verdrag slechts onder voorbehoud van de bevoegdheden van de nationale wetgever verdragsrechtelijk voorlopig toepassen.
 - b. De Bondsregering verklaart dat zij ook overeenkomstig de bestaande wettelijke situatie in het tijdvak tot aan de inwerkingtreding van het Verdrag de haar in het Verdrag opgedragen verplichtingen zal nakomen.
 - c. De Bondsregering stelt een versnelde bekrachtigingsprocedure in.
2. Verklaring inzake milieubescherming

Naar aanleiding van het verzoek van het Koninkrijk der Nederlanden hoge prioriteit te verlenen aan de bescherming van het milieu, de omwonenden en de natuur in de betrokken regio vanwege de ingebruikname van Luchthaven Niederrhein, hebben de delegatieleiders op 17 februari 2003 overeenstemming bereikt over de als Bijlage 1 bijgevoegde gezamenlijke verklaring inzake milieubescherming. Daarmee werd voldaan aan de wens tot naleving van alle rechtshandelingen daaromtrent.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

Peter Ammon
Ralf Nagel

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden

E. V. Sjerp

**Anlage 1
Bijlage 1****Einvernehmliche Erklärung zum Umweltschutz
Gezamenlijke verklaring inzake milieubescherming**

Die deutsche Delegation versichert, dass sie in gleicher Weise wie die niederländische Seite dem Umwelt-, Anwohner- und Naturschutz in der betroffenen Region im Zusammenhang mit der Aufnahme des Flugbetriebs am Flughafen Niederrhein (Weeze-Laarbruch) hohe Priorität einräumt und weiterhin auf Beachtung aller diesbezüglichen Rechtsakte Wert legen wird.

Die Genehmigung wurde erteilt aufgrund der gutachterlichen Stellungnahme zur FFH-Erheblichkeit einer Umnutzung des Militärflughafens Weeze-Laarbruch (Froelich & Sporbeck, August 1999). Eine Aktualisierung der FFH-Erheblichkeitsabschätzung zur Konversion des Militärflugplatzes Weeze-Laarbruch (Froelich & Sporbeck) erfolgte am 10. Juli 2002. Die Bundesrepublik Deutschland verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die im Rahmen der niederländischen Flora-Fauna-Habitat-Berichtserstattung an die Europäische Union stattfindenden Untersuchungen (monitoring) im Gebiet des Nationalparks „Maasduinen“ bezüglich der Auswirkungen des Flugbetriebes durch den Flughafen Niederrhein (Weeze-Laarbruch). Die Bundesrepublik Deutschland wird Folgeuntersuchungen im Rahmen ihrer Zuständigkeit und ihrer Möglichkeiten unterstützen und die Ergebnisse zur Kenntnis nehmen.

Sollten in Zukunft entgegen allen bisher bekannten Tatsachen und Feststellungen wesentliche nachteilige Auswirkungen des Flugbetriebs auf dem Flughafen Niederrhein innerhalb der „Maasduinen“ nachgewiesen werden, z. B. beim „Monitoring“, sollte dies der nach Artikel 9 einzurichtenden Gemeinsamen Luftverkehrskommission berichtet werden. Diese Kommission sollte nach Wertung der Berichte und ggf. unter Hinzuziehung ergänzender fachkundiger Beratung zur Frage des weiteren Vorgehens Empfehlungen hinsichtlich etwaiger Ersatz- oder Kompensationsmaßnahmen im Nationalpark „Maasduinen“ vorschlagen. Die deutsche Seite wird Verfahrensergebnisse, soweit sie für die Genehmigung von Belang sind, in das Genehmigungsverfahren einbringen, gegebenenfalls bis zu einer Teilrücknahme oder Aufhebung der Genehmigung.

De Duitse delegatie verzekert dat zij op dezelfde wijze als de Nederlandse zijde hoge prioriteit zal verlenen aan de bescherming van het milieu, de omwonenden en de natuur in de betrokken regio in verband met de ingebruikneming van Luchthaven Niederrhein (Weeze-Laarbruch) en waarde zal blijven hechten aan de naleving van alle rechtshandelingen daaromtrent.

De vergunning is afgegeven op grond van de beoordeling door deskundigen van het rapport FFH-Erheblichkeit einer Umnutzung des Militärflughafens Weeze-Laarbruch (Froelich & Sporbeck, augustus 1999). Dit werd op 10 juli 2002 geactualiseerd door het rapport FFH-Erheblichkeitsabschätzung zur Konversion des Militärflugplatzes Weeze-Laarbruch (Froelich & Sporbeck). De Bondsrepubliek Duitsland volgt met grote belangstelling de Nederlandse rapportages aan de Europese Unie in het kader van het Flora-Fauna-Habitatonderzoek (monitoring) in het nationaal park Maasduinen naar de gevolgen van het luchtverkeer vanaf en naar Luchthaven Niederrhein (Weeze-Laarbruch). De Bondsrepubliek Duitsland zal vervolgonderzoek binnen haarbevoegdheden en mogelijkheden ondersteunen en kennis nemen van de uitkomsten.

Mochten er in weerwil van alle momenteel bekende feiten en conclusies in de toekomst in het nationaal park Maasduinen wezenlijke, schadelijke gevolgen van het vliegverkeer van en naar Luchthaven Niederrhein worden vastgesteld, bijvoorbeeld bij monitoring, dient dit aan een in overeenstemming met artikel 9 in te stellen gemeenschappelijke luchtvaartcommissie te worden gemeld. Na beoordeling van deze meldingen en eventueel na inwinning van aanvullend deskundig advies inzake de verdere aanpak, dient deze commissie voorstellen te doen voor eventuele maatregelen in het nationaal park Maasduinen ten behoeve van vervanging of schadeloosstelling. De Duitse zijde zal de resultaten van procedures, voorzover deze van belang zijn voor de vergunning, inbrengen in de vergunningsprocedure, eventueel leidend tot gedeeltelijke of volledige intrekking van de vergunning.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Sechsten Protokolls vom 5. März 1996 zum
Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates**

Vom 30. Oktober 2003

Das Sechste Protokoll vom 5. März 1996 zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates (BGBl. 2001 II S. 564) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Türkei	am 18. Oktober 2003
Ukraine	am 18. Oktober 2003.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. März 2003 (BGBl. II S. 439).

Berlin, den 30. Oktober 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „L3 Communications“
(Nr. DOCPER-AS-23-01)**

Vom 3. November 2003

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 28. Oktober 2003 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „L3 Communications“ (Nr. DOCPER-AS-23-01) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraft-tretensklausel

am 28. Oktober 2003

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 3. November 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Auswärtiges Amt

Berlin, den 28. Oktober 2003

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Eingang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 1091 vom 28. Oktober 2003 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 11. August 2003 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen L3 Communications einen Vertrag auf Basis der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-23-01 über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen L3 Communications zur Erleichterung seiner Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen L3 Communications wird im Rahmen seines Vertrags zur Bereitstellung von Analytischen Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Dienstleistungen erbringen:

Entwicklung, Konfiguration, Initialisierung, Überwachung und Kontrolle aller Parameter des Simulators Aviation Combined Arms Tactical Trainer (AVCATT-A): Fehleranalyse, Analyse von Verbindungen und Schnittstellen, geometrische Auswertung von Funktionen, Reparatur und Tests von Hardware- und Softwaresystemen. Das Unternehmen berät Kommandeure von Einheiten der US-Armee und Ausbildungsleiter und spricht Empfehlungen hinsichtlich Planung und Ausführung von Simulationsaus- und -fortbildung mit dem AVCATT-A aus, um sicherzustellen, dass die Aus- und Fortbildung im Einklang mit der aktuellen NATO- und US-Doktrin durchgeführt wird. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Training Specialist (Anhang IV.a.).

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 11. August 2003 betreffend die Tätigkeiten von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen L3 Communications wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 6 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 11. August 2003 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.

4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 11. August 2003.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-23-01 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen L3 Communications endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 1. Oktober 2002 bis 30. September 2008 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.
7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 11. August 2003 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amts eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 28. Oktober 2003 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 1091 vom 28. Oktober 2003 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 28. Oktober 2003 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen**

Vom 4. November 2003

I.

Das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Armenien	am	10. Oktober 2002
Aserbaidschan	am	2. Februar 2001
Georgien	am	20. Mai 1994
Kirgisistan	am	26. März 2000
Kuba	am	27. Dezember 2001
nach Maßgabe eines Vorbehalts nach Artikel 12 Abs. 1		
Marschallinseln	am	30. Juni 1989
Moldau, Republik	am	20. Juni 1997
Mosambik	am	15. Februar 2003
nach Maßgabe eines Vorbehalts nach Artikel 12 Abs. 1		
Palau	am	2. September 1995
St. Vincent und die Grenadinen	am	29. Dezember 1991
Swasiland	am	26. Januar 2000
Tadschikistan	am	30. März 1996.

Die Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden wurden wie folgt hinterlegt:

Armenien	am 10. September 2002	bei der Regierung der Russischen Föderation;
Aserbaidschan	am 3. März 2000	bei der ICAO;
Georgien	am 20. April 1994	bei der ICAO;
Kirgisistan	am 25. Februar 2000	bei der ICAO;
Kuba	am 27. November 2001	bei der Regierung der Russischen Föderation;
die Marschallinseln	am 31. Mai 1989	bei der ICAO;
die Republik Moldau	am 21. Mai 1997	bei der ICAO;
Mosambik	am 16. Januar 2003	bei der ICAO;
Palau	am 3. August 1995	bei der ICAO;
St. Vincent und die Grenadinen	am 29. November 1991	bei der Regierung des Vereinigten Königreichs;
Swasiland	am 27. Dezember 1999	bei der ICAO;
Tadschikistan	am 29. Februar 1996	bei der ICAO.

Bosnien und Herzegowina hat der Regierung des Vereinigten Königreichs am 15. August 1994 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien mit Wirkung vom 6. März 1992 als durch das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen gebunden betrachtet.

II.

Berichtigungen früherer Bekanntmachungen

Die Bekanntmachung vom 23. Januar 1992 (BGBl. II S. 173) wird hinsichtlich des Inkrafttretens für Äquatorialguinea dergestalt berichtigt, als dass Äquatorialguinea die Ratifikationsurkunde am 2. Januar 1991 bei der ICAO hinterlegt hat und das Übereinkommen somit für Äquatorialguinea bereits am 1. Februar 1991 in Kraft getreten ist.

Die Bekanntmachung vom 8. August 1975 (BGBl. II S. 1204) wird hinsichtlich des Inkrafttretens für El Salvador dergestalt berichtigt, als dass El Salvador die Ratifikationsurkunde am 16. Januar 1973 bei der ICAO hinterlegt hat und das Übereinkommen somit für El Salvador bereits am 15. Februar 1973 in Kraft getreten ist.

Die Bekanntmachung vom 16. März 1984 (BGBl. II S. 262) wird hinsichtlich des Inkrafttretens für Jamaika dergestalt berichtigt, als dass Jamaika die Ratifikationsurkunde am 15. September 1983 bei der ICAO hinterlegt hat und das Übereinkommen somit für Jamaika bereits am 15. Oktober 1983 in Kraft getreten ist.

Die Bekanntmachung vom 8. August 1975 (BGBl. II S. 1204) wird hinsichtlich des Inkrafttretens für Pakistan dergestalt berichtigt, als dass Pakistan die Ratifikationsurkunde am 28. November 1973 bei der ICAO hinterlegt hat und das Übereinkommen somit für Pakistan bereits am 28. Dezember 1973 in Kraft getreten ist.

Die Bekanntmachung vom 26. November 1981 (BGBl. II S. 1070) wird hinsichtlich des Inkrafttretens für die Vereinigten Arabischen Emirate dergestalt berichtigt, als dass die Vereinigten Arabischen Emirate die Ratifikationsurkunde am 10. April 1981 bei der ICAO hinterlegt haben und das Übereinkommen somit für die Vereinigten Arabischen Emirate bereits am 10. Mai 1981 in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. November 2001 (BGBl. 2002 II S. 32).

Berlin, den 4. November 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
zu dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen**

Vom 6. November 2003

Südafrika hat dem Generalsekretär des Europarats als Verwahrer des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369) im Nachgang zur Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 11. Juni 2003 mit Wirkung vom 13. Mai 2003 den nachstehenden Vorbehalt und die Erklärung notifiziert:

(Übersetzung)

“For the purposes of Article 2 of the Convention, the Republic of South Africa shall not extradite any person unless the punishment awarded for a conviction in respect of which he or she is being sought, is a sentence of imprisonment of at least six months.

For the purposes of Article 6 of the Convention, the term ‘nationals’ is defined, in terms of South Africa’s legal system, as persons who have acquired South African citizenship by means of birth, descent or naturalisation. This includes persons with citizenship of South Africa and of another country. These persons will all be liable to be extradited. South Africa’s acceptance of dual citizenship will therefore not bar the extradition of a person where he or she is also in possession of a citizenship of a country which prohibits the extradition of its nationals.”

„Für die Zwecke des Artikels 2 des Übereinkommens liefert die Republik Südafrika eine Person nur dann aus, wenn das Strafmaß aufgrund einer Verurteilung, derentwegen die Person gesucht wird, mindestens sechs Monate Gefängnis beträgt.

Für die Zwecke des Artikels 6 des Übereinkommens wird der Begriff ‚Staatsangehörige‘ nach dem südafrikanischen Rechtssystem als Personen definiert, welche die südafrikanische Staatsangehörigkeit durch Geburt, Abstammung oder Einbürgerung erworben haben. Dies schließt Personen ein, welche die Staatsangehörigkeit Südafrikas und eines anderen Staates besitzen. Alle diese Personen unterliegen der Auslieferung. Die Tatsache, dass Südafrika die doppelte Staatsangehörigkeit zulässt, verhindert somit nicht die Auslieferung einer Person, die ebenfalls die Staatsangehörigkeit des Staates besitzt, welcher die Auslieferung seiner Staatsangehörigen untersagt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. April 2003 (BGBl. II S. 523).

Berlin, den 6. November 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2003 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Vereinbarung zur Durchführung
des deutsch-slowakischen Abkommens über Soziale Sicherheit**

Vom 10. Dezember 2003

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 18. Juli 2003 zu dem Abkommen vom 12. September 2002 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik über Soziale Sicherheit (BGBl. 2003 II S. 678) wird bekannt gemacht, dass die Vereinbarung vom 12. September 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik zur Durchführung des Abkommens vom 12. September 2002 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik über Soziale Sicherheit (BGBl. 2003 II S. 678, 695) nach ihrem Artikel 9 Abs. 1

am 13. November 2003

in Kraft getreten ist.

Nach ihrem Artikel 9 Abs. 2 ist die Vereinbarung vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an – 1. Dezember 2003 – (BGBl. 2003 II S. 1727) anzuwenden.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer